



Regierungsrat, 9102 Herisau

Eidg. Departement für Wirtschaft,
Bildung und Forschung
3003 Bern

Dr. iur. Roger Nobs
Ratschreiber
Tel. +41 71 353 63 51
roger.nobs@ar.ch

Herisau, 15. September 2023

Eidg. Vernehmlassung; Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen: Abkommen zwischen der Schweiz und dem Vereinigten Königreich über die Anerkennung von Berufsqualifikationen und Umsetzung im Anwaltsgesetz; Delegation der Zuständigkeit zugunsten des Bundesrates für völkerrechtliche Verträge im Bereich des Medizinalberufegesetzes, des Gesundheitsberufegesetzes, des Psychologieberufegesetzes und des Anwaltsgesetzes; Stellungnahme des Regierungsrates von Appenzell Ausserrhoden

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 15. Juni 2023 unterbreitet das Eidg. Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF) die Vorlage über die Abkommen zwischen der Schweiz und dem Vereinigten Königreich über die Anerkennung von Berufsqualifikationen bis zum 6. Oktober 2023 zur Vernehmlassung.

Der Regierungsrat von Appenzell Ausserrhoden nimmt dazu wie folgt Stellung:

Der Regierungsrat stimmt der Vorlage über das Abkommen zwischen der Schweiz und dem Vereinigten Königreich über die Anerkennung von Berufsqualifikationen und Umsetzung im Anwaltsgesetz sowie der Delegation der Zuständigkeit zugunsten des Bundesrates für völkerrechtliche Verträge im Bereich des Medizinalberufegesetzes, des Gesundheitsberufegesetzes, des Psychologieberufegesetzes und des Anwaltsgesetzes zu.

Aus Sicht des Regierungsrates gibt es lediglich eine detaillierte Bemerkung festzuhalten: In der Vernehmlassungsvorlage 3 in Art. 2.8 Ziff. 2 Bst. a sollte spezifiziert werden, ob sich «Zulassung oder Approbation» auf die Basisanerkennung des Berufsdiploms oder auf die Zulassungsvoraussetzungen der Kantone bezieht. Dies sollte in den Erläuterungen noch detaillierter ausgeführt werden.



Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

Im Auftrag des Regierungsrates

Dr. iur. Roger Nobs, Ratschreiber



Landammann und Standeskommission

Sekretariat Ratskanzlei
Marktgasse 2
9050 Appenzell
Telefon +41 71 788 93 11
info@rk.ai.ch
www.ai.ch

Ratskanzlei, Marktgasse 2, 9050 Appenzell

Per E-Mail an
guillaume.hellmueller@sbfi.admin.ch

Appenzell, 4. Oktober 2023

Abkommen zwischen der Schweiz und dem Vereinigten Königreich / Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen Stellungnahme Kanton Appenzell I.Rh.

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 15. Juni 2023 haben Sie uns die Vernehmlassungsunterlagen zum Abkommen zwischen der Schweiz und dem Vereinigten Königreich über die Anerkennung von Berufsqualifikationen zukommen lassen.

Die Konferenz der Kantonsregierungen KdK hat am 22. September 2023 eine gemeinsame Stellungnahme verabschiedet, welcher sich die Standeskommission vorbehaltlos anschliesst.

Wir bitten Sie, die Stellungnahme der KdK zu berücksichtigen und danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

Im Auftrage von Landammann und Standeskommission

Der Ratschreiber:


Markus Dörig

Zur Kenntnis an:

- Erziehungsdepartement Appenzell I.Rh., Hauptgasse 51, 9050 Appenzell
- Ständerat Daniel Fässler, Weissbadstrasse 3a, 9050 Appenzell
- Nationalrat Thomas Rechsteiner (thomas.rechsteiner@parl.ch)

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Vernehmlassung.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrats

Jean-Pierre Gallati
Landammann

Joana Filippi
Staatsschreiberin

z.K. an

- guillaume.hellmueller@sbfi.admin.ch

REGIERUNGSRAT

Regierungsgebäude, 5001 Aarau
Telefon 062 835 12 40, Fax 062 835 12 50
regierungsrat@ag.ch
www.ag.ch/regierungsrat

A-Post Plus

Eidgenössisches Departement für
Wirtschaft, Bildung und Forschung
Herr Bundesrat
Guy Parmelin
Bundeshaus Ost
3003 Bern

30. August 2023

Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen: Abkommen zwischen der Schweiz und dem Vereinigten Königreich über die Anerkennung von Berufsqualifikationen und Umsetzung im Anwaltsgesetz; Delegation der Zuständigkeit zugunsten des Bundesrates für völkerrechtliche Verträge im Bereich des Medizinalberufegesetzes, des Gesundheitsberufegesetzes, des Psychologieberufegesetzes und des Anwaltsgesetzes; Vernehmlassung

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Mit Schreiben vom 15. Juni 2023 wurden die Kantonsregierungen eingeladen, sich zu obengenannter Angelegenheit vernehmen zu lassen. Der Regierungsrat des Kantons Aargau bedankt sich für die Gelegenheit und nimmt diese gerne wahr.

Dem Regierungsrat sind Rechtssicherheit, Kontinuität am Arbeitsmarkt und auch die Förderung der internationalen Anerkennung von Schweizer Bildungsabschlüssen wichtige Anliegen. Er unterstützt deshalb die dauerhafte Verankerung der gegenseitigen Anerkennung von Berufsqualifikationen zwischen der Schweiz und dem Vereinigten Königreich. Dies entspricht einer Angleichung der bewährten Praxis mit der Europäischen Union (EU) und einer Festigung der derzeit geltenden Übergangslösung, die nach dem EU-Austritt des Vereinigten Königreichs (Brexit) notwendig geworden ist.

In Anbetracht des stark akademisch geprägten britischen Bildungssystems ist es dem Regierungsrat ein besonderes Anliegen, dass Schweizer Abschlüsse der beruflichen Grundbildung und der höheren Berufsbildung – insbesondere auch im Gesundheitsbereich – weiterhin als gleichwertig anerkannt bleiben. Mit dem vorgeschlagenen Abkommen wird diese Anerkennung fortgeführt. Der Regierungsrat geht davon aus, dass der Bund dies auch in Zukunft gewährleisten wird.

Ergänzend soll aber darauf hingewiesen werden, dass die Zulassung zur Erbringung von sozialversicherungsrechtlichen Leistungen nicht vom Abkommen zwischen dem Vereinigten Königreich von Grossbritannien und Nordirland und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über die Anerkennung von Berufsqualifikationen erfasst ist. Bei der Ärzteschaft wird nebst der Bewilligung regelmässig auch um eine Zulassung zur Berechtigung von sozialversicherungsrechtlichen Leistungen ersucht. Die Zulassung betreffend kann aufgrund der geltenden Bestimmungen im Bundesgesetz über die Krankenversicherung (KVG) bei Anerkennung von ausländischen Abschlüssen keine Gleichwertigkeit mit inländischen Ausbildungsabsolventen gewährleistet werden (vgl. Art. 37 Abs. 1 KVG). Im Freizügigkeitsabkommen (FZA) mit der EU, welche ebenso eine Gleichwertigkeit zwischen in- und ausländischen Abschlüssen postuliert, liess sich diese Einschränkung der Gleichbehandlung gestützt auf Art. 5 Anhang I des FZA rechtfertigen. Im vorliegenden Abkommen findet sich keine entsprechende Ergänzung.

Regierungsrat, Kasernenstrasse 31, 4410 Liestal

Eidgenössisches Departement für Wirtschaft,
Bildung und Forschung WBF

geht per Mail an
guillaume.hellmueller@sbfi.admin.ch

Liestal, 26. September 2023

Vernehmlassung zur Vereinbarung mit dem Vereinigten Königreich über die gegenseitige Anerkennung von Berufsqualifikationen und Umsetzung im Anwaltsgesetz; Delegation der Zuständigkeit zugunsten des Bundesrates für völkerrechtliche Verträge im Bereich des Medizinalberufegesetzes, des Gesundheitsberufegesetzes, des Psychologieberufegesetzes und des Anwaltsgesetzes, Stellungnahme des Kantons Basel-Landschaft

Sehr geehrter Herr Bundesrat Parmelin
Sehr geehrte Damen und Herren

Das Eidgenössische Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF hat den Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft mit Schreiben vom 15. Juni 2023 eingeladen, zum Entwurf eines Abkommens zwischen der Schweiz und dem Vereinigten Königreich über die Anerkennung von Berufsqualifikationen und die Umsetzung im Anwaltsgesetz sowie die Delegation der Zuständigkeit zugunsten des Bundesrates für völkerrechtliche Verträge im Bereich des Medizinalberufegesetzes, des Psychologieberufegesetzes und des Anwaltsgesetzes Stellung zu nehmen.

Der Regierungsrat begrüsst und unterstützt das vorgeschlagene Abkommen mit dem Vereinigten Königreich über die gegenseitige Anerkennung von Berufsqualifikationen. Die bisherige Anerkennungspraxis von Berufsqualifikationen, unter den geltenden Bestimmungen im Rahmen des Freizügigkeitsabkommens (FZA) und nachfolgend an den Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union (EU) des Abkommens über die erworbenen Rechte der Bürgerinnen und Bürger (CRA), zwischen der Schweiz und dem Vereinigten Königreich, soll mit dem Abschluss des Abkommens fortgeführt werden können. Im Kontext der Zielsetzung der internationalen Strategie der Schweiz, gegenseitig Berufsqualifikationen anzuerkennen und damit die Wirtschaftsintegration und Arbeitskräftemobilität zu stärken, erachtet der Kanton Basel-Landschaft den Abschluss eines weiterführenden bilateralen Abkommens als zielfördernd. Die Modalitäten des Abkommens und die damit angestrebte Erleichterung der Anerkennungsverfahren und der Anerkennungswirkung im Sinne einer Rechtsgleichheit ermöglichen die Ausübung der reglementierten Berufen in beiden Hoheitsgebieten.

Der Regierungsrat bedankt sich für die Möglichkeit der Stellungnahme.

Hochachtungsvoll



Monica Gschwind
Regierungspräsidentin



Elisabeth Heer Dietrich
Landschreiberin



Rathaus, Marktplatz 9
CH-4001 Basel

Tel: +41 61 267 85 62
E-Mail: staatskanzlei@bs.ch
www.regierungsrat.bs.ch

guillaume.hellmueller@sbfi.admin.ch

Eidgenössisches Departement für Wirtschaft,
Bildung und Forschung WBF

Basel, 26. September 2023

Regierungsratsbeschluss vom 26. September 2023

Abkommen zwischen der Schweiz und dem Vereinigten Königreich über die Anerkennung von Berufsqualifikationen

Stellungnahme des Kantons Basel-Stadt

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 15. Juni 2023 hat das Eidgenössische Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF das Abkommen über die Anerkennung von Berufsqualifikationen in Vernehmlassung gegeben. Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Die Konferenz der Kantonsregierungen KdK verabschiedet am 22. September 2023 eine gemeinsame Stellungnahme zur Vorlage. Von Seiten des Kantons Basel-Stadt bestehen keine weiteren Anmerkungen dazu. Wir unterstützen den Abschluss des Abkommens mit dem Vereinigten Königreich.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme. Für Rückfragen steht Ihnen das Amt für Wirtschaft und Arbeit, Nicole Hostettler, nicole.hostettler@bs.ch, Tel. 061 267 87 50, gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt

Beat Jans
Regierungspräsident

Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin



Regierungsrat

Postgasse 68
Postfach
3000 Bern 8
info.regierungsrat@be.ch
www.be.ch/rr

Staatskanzlei, Postfach, 3000 Bern 8

Eidgenössisches Departement für
Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF

per E-Mail an: guillaume.hellmueller@sbfi.admin.ch

RRB Nr.:

1005 / 2023

13. September 2023

Direktion:

Bildungs- und Kulturdirektion

Klassifizierung:

Nicht klassifiziert

**Vernehmlassung des Bundes: Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen:
Abkommen zwischen der Schweiz und dem Vereinigten Königreich über die Anerken-
nung von Berufsqualifikationen und Umsetzung im Anwaltsgesetz,
Delegation der Zuständigkeit zugunsten des Bundesrates für völkerrechtliche
Verträge im Bereich des Medizinalberufegesetzes, des Gesundheitsberufegesetzes,
des Psychologieberufegesetzes und des Anwaltsgesetzes.
Stellungnahme des Kantons Bern**

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme im oben benannten Geschäft.

Der Kanton Bern begrüsst den Abschluss eines Abkommens, das den Zweck verfolgt, Fach-
personen zwischen der Schweiz und dem Vereinigten Königreich den Zugang zu reglemen-
tierten Berufen zu ermöglichen mit dem Ziel, die durch den Brexit entfallene Rechtssicher-
heit wiederherzustellen. Die zum Abschluss dieses Abkommens erforderliche Delegation der
Zuständigkeit zugunsten des Bundesrates für völkerrechtliche Verträge im Bereich des Me-
dizinalberufegesetzes, des Gesundheitsberufegesetzes, des Psychologieberufegesetzes
und des Anwaltsgesetzes erachten wir als verhältnismässig.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrates

Philippe Müller
Regierungspräsident

Christoph Auer
Staatsschreiber

Verteiler

– Bildungs- und Kulturdirektion



ETAT DE FRIBOURG
STAAT FREIBURG

Conseil d'Etat CE
Staatsrat SR

Route des Arsenaux 41, 1700 Fribourg

T +41 26 305 10 40
www.fr.ch/ce

Conseil d'Etat
Route des Arsenaux 41, 1700 Fribourg

PAR COURRIEL

Département de l'économie, de la formation et
de la recherche DEFR
Palais fédéral est
3003 Berne

Courriel : guillaume.hellmueller@sbfi.admin.ch

Fribourg, le 26 septembre 2023

2023-827

Accord entre la Suisse et le Royaume-Uni en matière de reconnaissance des qualifications professionnelles et mise en œuvre dans la loi sur les avocats

Monsieur le Conseiller fédéral,

Nous avons bien reçu votre courrier en date du 15 juin 2023 au sujet de la consultation sur l'objet cité en titre et vous en remercions. Le projet d'accord entre la Suisse et le Royaume-Uni en matière de reconnaissance des qualifications professionnelles a retenu toute notre attention.

Le Conseil d'Etat salue le projet et le soutient avec les remarques exprimées dans la prise de position commune de la Conférence des gouvernements cantonaux. Il n'a pas d'autres observations à formuler.

Nous vous prions de croire, Monsieur le Conseiller fédéral, à l'assurance de nos sentiments les meilleurs.

Au nom du Conseil d'Etat :

Didier Castella, Président



Danielle Gagnaux-Morel, Chancelière d'Etat

Copie

à la Direction de l'économie, de l'emploi et de la formation professionnelle, pour elle et le Service de la formation professionnelle ;
à la Direction de la formation et des affaires culturelles ;
à la Direction de la santé et des affaires sociales ;
à la Direction de la sécurité, de la justice et du sport ;
à la Chancellerie d'Etat.

Département fédéral de l'économie, de
la formation et de la recherche DEFR
Monsieur Guy Parmelin
Conseiller fédéral
Palais fédéral Est
3003 Berne

**Concerne : consultation en matière de reconnaissance des qualifications
professionnelles étrangères - accord entre la Suisse et le Royaume-Uni
et délégation de compétences en faveur du Conseil fédéral**

Monsieur le Conseiller fédéral,

Notre Conseil a pris connaissance avec intérêt de votre courrier du 15 juin 2023 relatif à la consultation citée en référence.

A titre préliminaire, le canton de Genève salue la volonté de prolonger la possibilité pour la Confédération et le Royaume-Uni de reconnaître les diplômes professionnels obtenus dans l'un ou l'autre des Etats parties à la convention.

S'agissant de la reconnaissance des diplômes en matière de professions de la santé et dans la mesure où l'accord porte uniquement sur la reconnaissance des diplômes obtenus en Suisse ou au Royaume-Uni, l'accord ne facilitera pas la reconnaissance indirecte de formations effectuées dans des pays tiers. Cela permettra dès lors de garantir un niveau de qualifications équivalent et respectant les exigences fédérales.

D'autres observations relatives aux professions de la psychologie et à celle d'avocat figurent dans l'annexe jointe au présent courrier.

Moyennant la prise en compte de ses remarques, le canton de Genève est favorable à la ratification de l'accord.

Notre Conseil vous remercie de l'avoir consulté et vous prie de croire, Monsieur le Conseiller fédéral, à l'assurance de notre considération distinguée.

AU NOM DU CONSEIL D'ÉTAT

La chancelière :

Le président :

Michèle Righetti-El Zayadi

Antonio Hodgers

Annexe mentionnée

Copie aux formats Word et PDF à : guillaume.hellmueller@sbfi.admin.ch

Annexe à la réponse du Conseil d'État de la République et Canton de Genève à la consultation fédérale en matière de reconnaissance des qualifications professionnelles étrangères – accord entre la Suisse et le Royaume-Uni et délégation de compétence en faveur du Conseil fédéral

1. Professions de la psychologie

L'accord n'évoquant que des équivalences de qualifications professionnelles, une clarification serait utile afin de préciser si l'obtention de cette équivalence entraîne *de facto* une équivalence du diplôme. En effet, selon l'article 2.3.3. de l'accord, une personne ayant obtenu un accès à la profession de psychologue (Loi sur les professions de la psychologie (Lpsy) Ch. 2 art.4) par équivalence de qualifications professionnelles, pourrait considérer qu'elle peut dès lors accéder à une formation postgrade permettant d'obtenir un titre postgrade fédéral (LPsy ch 3). Or l'accès à un titre postgrade est soumise à la possession d'un diplôme (master) en psychologie.

2. Profession d'avocat

1. Remarque relative à la définition de l'épreuve d'aptitude, inscrite à l'article 2.2, let. c de l'accord

La définition de l'article 2.1, let. c de l'accord est différente de la définition figurant à l'article 31 al. 3 de la loi sur la libre circulation des avocats (LLCA) et de celle de l'article 3, let. h de la directive 2005/38, intégrée dans l'annexe III de l'Accord sur la libre circulation des personnes (ALCP) par la décision n°2/2011 du Comité mixte du 30 septembre 2011.

La définition de l'accord envisagé avec le Royaume-Uni se réfère exclusivement aux connaissances professionnelles du professionnel. La définition suisse de l'épreuve d'aptitude (en droit de l'avocat) dans la LLCA, plus précise, prévoit que « L'épreuve porte sur les matières qui figurent au programme de l'examen cantonal d'accès à la profession d'avocat, et qui sont substantiellement différentes de celles comprises dans le cadre de la formation suivie par le candidat dans son État de provenance. Le contenu de l'épreuve est fixé compte tenu également de l'expérience professionnelle du candidat ».

La définition de l'épreuve d'aptitude dans la directive 2005/36 est plus large et plus précise que celle envisagée dans l'accord avec le Royaume-Uni. Elle aurait notre préférence. Elle se lit comme suit :

« « épreuve d'aptitude » : un contrôle des *connaissances, aptitudes et compétences professionnelles* du demandeur, qui est effectué ou reconnu par les autorités compétentes de l'État membre d'accueil et qui a pour but d'apprécier l'aptitude du demandeur à exercer une profession réglementée dans cet État membre.

Pour permettre ce contrôle, les autorités compétentes établissent une liste des matières qui, sur la base d'une comparaison entre la formation requise dans l'État membre d'accueil et celle reçue par le demandeur, ne sont pas couvertes par le diplôme ou le ou les titres de formation dont le demandeur fait état.

L'épreuve d'aptitude doit prendre en considération le fait que le demandeur est un professionnel qualifié dans l'État membre d'origine ou de provenance. Elle porte sur des matières à choisir parmi celles figurant sur la liste et dont la connaissance est une

condition essentielle pour pouvoir exercer la profession en question dans l'État membre d'accueil. Cette épreuve peut également comprendre la connaissance de la déontologie applicable aux activités concernées dans l'État membre d'accueil.

Les modalités de l'épreuve d'aptitude ainsi que le statut dont jouit, dans l'État membre d'accueil, le demandeur qui souhaite se préparer à l'épreuve d'aptitude dans cet État membre sont déterminés par les autorités compétentes dudit État membre

Les mots (en italique dans la définition ci-dessus) seraient à ajouter à la définition générale de l'épreuve d'aptitude figurant à l'article 2.1, let. c dans l'accord envisagé avec le Royaume-Uni. Une autre possibilité serait d'intégrer la définition complète ci-dessus de l'épreuve d'aptitude uniquement dans l'annexe relative aux avocats afin d'assurer la protection des destinataires de la justice et, de manière plus générale, une bonne administration de celle-ci.

Il convient également de noter que l'article 2.4 de l'accord envisagé permettra à l'autorité compétente de refuser de reconnaître des qualifications professionnelles lorsque la profession réglementée dans le pays d'accueil comprend une ou plusieurs activités professionnelles qui portent sur des matières substantiellement différentes de celles couvertes par les qualifications professionnelles du professionnel et que le professionnel échoue à l'épreuve d'aptitude, refuse de s'y soumettre, échoue à la période d'adaptation visée à l'article 2.5 (mesures de compensation) ou refuse d'y participer. Le refus de reconnaissance dans ce cas de figure, comme dans les deux autres cas mentionnés à l'article 2.4 de l'accord, permettra aux autorités compétentes des futures parties contractantes à l'accord d'assurer la protection des destinataires de la justice et, de manière plus générale, une bonne administration de celle-ci. Il leur appartiendra d'en faire bon usage.

2. Remarque sur les connaissances linguistiques

Dans sa formulation actuelle, l'article 2.9 de l'accord envisagé ne donne pas satisfaction.

Il conviendrait d'assurer aussi que les connaissances linguistiques puissent être contrôlées par les autorités compétentes pour les professions juridiques, dans le respect évidemment du principe de proportionnalité. La profession d'avocat doit impérativement être incluse dans le champ des professions pour lesquelles la maîtrise de la langue officielle du canton concerné doit être vérifiée. Il en va ainsi de l'intérêt du bon fonctionnement de la justice et, partant, des justiciables.

Nous suggérons dès lors la formulation suivante : « Si la profession réglementée a des implications *pour l'information des justiciables ou* pour la sécurité des patients, les compétences linguistiques peuvent être contrôlées » (mots ajoutés en italique) ou une formule équivalente qui permettrait le contrôle des connaissances linguistiques par les autorités compétentes pour les professions juridiques.

Regierungsrat
Rathaus
8750 Glarus

per E-Mail
Eidgenössisches Departement
für Wirtschaft, Bildung und Forschung

Glarus, 3. Oktober 2023

Vernehmlassung zur Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen: Abkommen CH-UK über die Anerkennung von Berufsqualifikationen und Umsetzung im Anwalts-gesetz sowie Delegation der Zuständigkeit z.g. des Bundesrates für völkerrechtliche Verträge im Bereich des Medizinalberufegesetzes, des Gesundheitsberufegesetzes, des Psychologieberufegesetzes und des Anwalts-gesetzes

Hochgeachteter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Das Eidgenössische Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung gab uns in ein-gangs genannter Angelegenheit die Möglichkeit zur Stellungnahme. Dafür danken wir und teilen Ihnen mit, dass wir das Abkommen begrüssen und uns der Stellungnahme der Konfe-renz der Kantonsregierungen (KdK) vom 22. September 2023 vollumfänglich anschliessen.

Bei allfälligen Rückfragen zu der vorliegenden Stellungnahme steht Ihnen Herr Balz Bänzi-ger, Departement Bildung und Kultur, Departementssekretär (Tel. 055 646 62 02, balz.baen-ziger@gl.ch) selbstverständlich gerne zur Verfügung.

Genehmigen Sie, hochgeachteter Herr Bundesrat, sehr geehrte Damen und Herren, den Ausdruck unserer vorzüglichen Hochachtung.

Freundliche Grüsse

Für den Regierungsrat


Benjamin Mühlemann
Landammann

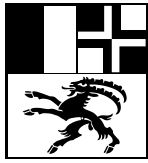

Arpad Baranyi
Ratsschreiber

Beilage:

- Stellungnahme KdK vom 22. September 2023

E-Mail an (PDF- und Word-Version):

- guillaume.hellmueller@sbfi.admin.ch



Sitzung vom

8. August 2023

Mitgeteilt den

9. August 2023

Protokoll Nr.

614/2023

Eidgenössisches Departement für Wirtschaft,
Bildung und Forschung WBF
Herr Bundesrat Guy Parmelin
Bundeshaus Ost
3003 Bern

Per E-Mail an: guillaume.hellmueller@sbfi.admin.ch

**Vernehmlassung WBF - Abkommen zwischen der Schweiz und dem Vereinig-
ten Königreich über die Anerkennung von Berufsqualifikationen
Stellungnahme**

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 15. Juni 2023 lud der Vorsteher des WBF die Kantonsregierungen ein, zur Vorlage des Abkommens zwischen der Schweiz und dem Vereinigten Königreich über die Anerkennung von Berufsqualifikationen Stellung zu nehmen.

Gerne teilen wir Ihnen mit, dass wir seitens des Kantons Graubünden keine Anmerkungen zur rubrizierten Sache haben.

Wir bedanken uns für die Möglichkeit zur Stellungnahme.



Namens der Regierung

Der Präsident:

Der Kanzleidirektor:

Peter Peyer

Daniel Spadin

Hôtel du Gouvernement – 2, rue de l'Hôpital, 2800 Delémont

Département fédéral de l'économie,
de la formation et de la recherche DEFR
Monsieur Guy Parmelin
Conseiller fédéral
Palais fédéral
3003 Berne
(par courriel à guillaume.hellmueller@sbfi.admin.ch)

Hôtel du Gouvernement
2, rue de l'Hôpital
CH-2800 Delémont

t +41 32 420 51 11
f +41 32 420 72 01
chancellerie@jura.ch

Delémont, le 29 août 2023

Reconnaissance des qualifications professionnelles étrangères :

Accord entre la Suisse et le Royaume-Uni en matière de reconnaissance des qualifications professionnelles et mise en œuvre dans la loi sur les avocats

Délégation de compétence en faveur du Conseil fédéral en matière de traités internationaux dans le domaine de la loi sur les professions médicales, de la loi sur les professions de la psychologie, de la loi fédérale sur les professions de la santé et de la loi sur les avocats : consultation

Monsieur le Conseiller fédéral,

Le Gouvernement jurassien vous remercie de le consulter sur les deux objets cités en titre. Ses services ont examiné attentivement ces questions et le Gouvernement vous est reconnaissant de la qualité du travail effectué et des informations transmises.

Le canton du Jura est sensible à la continuité juridique que représente l'accord entre la Suisse et le Royaume-Uni, dans un contexte de pénurie de personnel croissante, notamment dans le domaine de la santé.

Aussi, si la reconnaissance des qualifications professionnelles régie actuellement par l'Accord sur les droits acquis des citoyens (CRA), en tant que régime transitoire, n'était pas reconduit, cela représenterait une perte de droits substantielle pour nos citoyens dans l'accès aux professions réglementées au Royaume-Uni, et donc une source d'incertitudes dans un climat réglementaire compliqué.

Sur le plan formel, le Gouvernement adhère à cet accord entre la Suisse et le Royaume-Uni en matière de reconnaissance des qualifications professionnelles ainsi que la délégation de compétence en faveur du Conseil fédéral dans les domaines précités.

Il est par ailleurs relevé que cet accord n'aura pas de conséquence financière pour les cantons, ni ne créera de nouvelle tâche d'exécution.

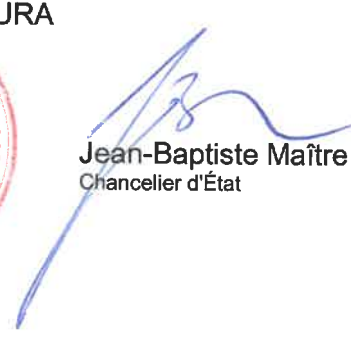
Toutefois, le Gouvernement partage la crainte émise par la Conférence des Gouvernements cantonaux (CdC) quant aux anciennes formations relevant du secondaire II et il vous prie de prendre en considération cette demande d'accord avec le Royaume-Uni sur la reconnaissance d'équivalence de ces titres, comme cette dernière existe avec l'Union européenne.

Pour ces diverses raisons, le Gouvernement jurassien apporte son soutien à cet accord et à la délégation de compétences telle que proposée. Il vous remercie de l'attention que vous porterez à sa prise de position et vous prie de croire, Monsieur le Conseiller fédéral, à sa haute considération.

AU NOM DU GOUVERNEMENT DE LA
RÉPUBLIQUE ET CANTON DU JURA


Jacques Gerber
Président




Jean-Baptiste Maître
Chancelier d'État

Bildungs- und Kulturdepartement
Bahnhofstrasse 18
6002 Luzern
bkd.lu.ch

Eidgenössisches Departement für Wirtschaft
Bildung und Forschung (WBF)

quillaume.hellmueller@sbfi.admin.ch

Luzern, 20. September 2023

Protokoll-Nr.:

Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen: Stellungnahme Kanton Luzern

Sehr geehrte Damen und Herren

Besten Dank für die Gelegenheit, zum Abkommen zwischen der Schweiz und dem Vereinigten Königreich über die Anerkennung von Berufsqualifikationen und Umsetzung im Anwalts- gesetz sowie die Kompetenzdelegation an den Bundesrat zum Abschluss völkerrechtlicher Verträge im Bereich des Medizinalberufegesetzes, des Psychologieberufegesetzes, des Gesundheitsberufegesetzes und des Anwaltsgesetzes Stellung nehmen zu können

Im Namen und Auftrag des Regierungsrates teile ich Ihnen mit, dass der Kanton Luzern den Abschluss des Abkommens und die Kompetenzdelegation an den Bundesrat im Grundsatz begrüsst. Die internationale Anerkennung der Schweizer Bildungsabschlüsse ist zu gewährleisten. Auch nach dem Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU muss die gegenseitige Anerkennung der Berufsqualifikationen aufrechterhalten werden und auf einer entsprechenden Rechtsgrundlage basieren. Mit dem Abkommen wird die bisherige Anerkennungs- praxis fortgeführt und Kontinuität gewährleistet. Es muss jedoch sichergestellt werden, dass die schweizerischen Abschlüsse der reglementierten Berufe im Vereinigten Königreich nicht diskriminiert werden. Dies gilt insbesondere auch für die altrechtlichen Ausbildungen von Lehrpersonen auf der Sekundarstufe II.

Der Kompetenzdelegation zum Abschluss selbstständiger völkerrechtlicher Verträge über die Anerkennung von Berufsqualifikationen an den Bundesrat kann unter folgenden Vorausset- zung zugestimmt werden: Erstens muss sichergestellt werden, dass ausländische Berufsquali- fikationen nur anerkannt werden, wenn eine Äquivalenz mit den entsprechenden schweizeri- schen Berufsqualifikationen besteht. Es muss sichergestellt werden, dass eine Anerkennung

abgelehnt werden kann, wenn die festgestellten Defizite einen wesentlichen Teil der entsprechenden Ausbildung in der Schweiz ausmachen. Zweitens müssen die verfassungsmässigen Rechte der Kantone gemäss Art. 54 Absatz 3 und Art. 55 BV hier jederzeit gewahrt bleiben und die Kantone vorab konsultiert werden.

Besten Dank für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Freundliche Grüsse

A handwritten signature in black ink, consisting of a stylized 'M' followed by a horizontal stroke.

Dr. Armin Hartmann
Regierungsrat



KANTON
NIDWALDEN

LANDAMMANN UND
REGIERUNGSRAT

Dorfplatz 2, Postfach 1246, 6371 Stans
Telefon 041 618 79 02, www.nw.ch

CH-6371 Stans, Dorfplatz 2, Postfach 1246, STK

PER E-MAIL

Konferenz der Kantonsregierungen
Patrick Matthey
Haus der Kantone
Speichergasse 6
Postfach
3001 Bern

Telefon 041 618 79 02
staatskanzlei@nw.ch
Stans, 22. August 2023

Abkommen zwischen der Schweiz und dem Vereinigten Königreich über die Anerkennung von Berufsqualifikationen. Stellungnahme

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Brief vom 3. Juli 2023 haben Sie die Kantonsregierungen eingeladen, ihre Änderungsvorschläge zum Entwurf der gemeinsamen Stellungnahme der KdK einzureichen.

Wir danken für die Möglichkeit, uns vernehmen zu lassen und teilen Ihnen mit, dass wir mit Ihrer Vernehmlassungsantwort zum Abkommen zwischen der Schweiz und dem Vereinigten Königreich über die Anerkennung von Berufsqualifikationen einverstanden sind.

Freundliche Grüsse
NAMENS DES REGIERUNGSRATES

Michèle Blöchliger
Landammann

lic. iur. Armin Eberli
Landschreiber

Geht an:

- mail@kdk.ch
- edk@edk.ch



CH-6061 Sarnen, Postfach, Staatskanzlei

Eidgenössisches Departement für Wirt-
schaft, Bildung und Forschung
Bundeshaus Ost
3003 Bern

Mail an:

Guillaume.hellmueller@sbfi.admin.ch

Referenz/Aktenzeichen:
Unser Zeichen: ue

Sarnen, 27. September 2023

Abkommen zwischen der Schweiz und dem Vereinigten Königreich über die Anerkennung von Berufsqualifikationen

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

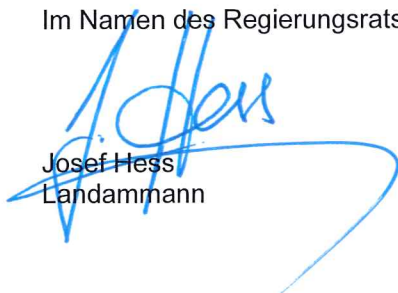
Mit Schreiben vom 15. Juni 2023 haben Sie uns die Vernehmlassungsunterlagen zur Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen zukommen lassen. Für die Gelegenheit zur Stellungnahme danken wir Ihnen.

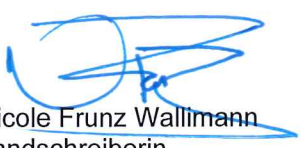
Der Kanton Obwalden unterstützt das Ziel, die gegenseitige Anerkennung von Berufsqualifikationen auch nach dem Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU zu gewährleisten und befürwortet die Vorlage im Grundsatz. Zu den einzelnen Bestimmungen wird auf die Stellungnahme der Konferenz der Kantonsregierungen verwiesen, welche uneingeschränkt geteilt wird.

Wir danken Ihnen, sehr geehrter Herr Bundesrat, sehr geehrte Damen und Herren, für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrats


Josef Hess
Landammann


Nicole Frunz Wallimann
Landschreiberin



Regierung des Kantons St.Gallen, Regierungsgebäude, 9001 St.Gallen

Edgenössisches Departement für Wirtschaft,
Bildung und Forschung
Bundeshaus Ost
3003 Bern

Regierung des Kantons St.Gallen
Regierungsgebäude
9001 St.Gallen
T +41 58 229 89 42
info.sk@sg.ch

St.Gallen, 30. September 2023

Abkommen zwischen der Schweiz und dem Vereinigten Königreich über die Anerkennung von Berufsqualifikationen und Umsetzung im Anwaltsgesetz; Vernehmlassungsantwort

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Mit Schreiben vom 15. Juni 2023 laden Sie uns zur Vernehmlassung zum Abkommen zwischen der Schweiz und dem Vereinigten Königreich über die Anerkennung von Berufsqualifikationen und Umsetzung im Anwaltsgesetz ein. Wir danken für diese Gelegenheit und nehmen gern wie folgt Stellung:

Die Förderung der internationalen Anerkennung von Schweizer Bildungsabschlüssen ist aus Sicht des Kantons St.Gallen von zentraler Bedeutung. Das Abkommen zwischen der Schweiz und dem Vereinigten Königreich stellt sicher, dass nach dem Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU die damals geltenden Bestimmungen zur gegenseitigen Anerkennung von Berufsqualifikationen fortgesetzt werden können. Eine derzeit geltende Übergangsregelung wird mit dem neuen Abkommen in eine ständige Rechtsgrundlage überführt. Das neue Abkommen ist somit notwendig und stellt den Status Quo sicher.

Es ist wichtig, dass die schweizerischen Abschlüsse der reglementierten Berufe auch im Vereinigten Königreich anerkannt bleiben. So sind namentlich Abschlüsse der beruflichen Grundbildung wie auch der Höheren Berufsbildung zu erwähnen, die aufgrund des akademisch geprägten Bildungssystems im Vereinigten Königreich nicht immer richtig erkannt und eingestuft werden. Aufgrund der bisher geltenden Regelungen und der nahtlosen Fortführung mit dem neuen Abkommen wird diese Anerkennung weitergeführt, was für die Schweizer Berufsbildung von grosser Bedeutung ist. Wir gehen davon aus, dass der gemischte Ausschuss die Situation beobachten und gegebenenfalls intervenieren würde, sollten schweizerische Abschlüsse reglementierter Berufe im Vereinigten Königreich diskriminiert werden. Für einzelne Berufe (z.B. Pflege HF / Pflege FH) ist mittelfristig die Option eines separaten Abkommens zu prüfen, das analog der Regelung in der EU eine automatische Anerkennung der Diplome sicherstellen würde.

Die altrechtlichen Ausbildungen auf der Sekundarstufe II (insbesondere für Lehrkräfte der Vorschul- und Primarstufe) sind nach wie vor gültig und werden daher im Prinzip in der



gesamten Schweiz anerkannt. Im Rahmen des Systems der EU-Richtlinie 2005/36/EG wird den Inhaberinnen und Inhabern dieser Ausbildungsnachweise eine Anerkennung der Gleichwertigkeit mit der entsprechenden aktuellen Ausbildung gemäss Art. 12 Abs. 2 der Richtlinie erteilt («gleichgestellte Ausbildungsgänge»). Diese Gleichwertigkeitsbescheinigung ermöglicht es ihnen, die Bestimmungen der Richtlinie 2005/36/EG in Anspruch zu nehmen. Im Abkommen CH-UK werden die altrechtlichen Ausbildungen auf der Sekundarstufe II (insbesondere für Lehrkräfte der Vorschul- und Primarstufe) nicht erwähnt. Wir erachten die Regelung zum Umgang mit altrechtlichen Ausbildungen jedoch als notwendig, da diese Diplome ansonsten systematisch abgelehnt werden könnten. Wir bitten Sie daher, die Vorlage entsprechend zu ergänzen.

Zu Art. 2.4

Nach der aktuellen Anerkennungspraxis der Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren und -direktoren macht die Anordnung von Ausgleichsmassnahmen nur Sinn, wenn die ausländische Ausbildung wenigstens 50 Prozent der Mindestanforderungen der entsprechenden schweizerischen Ausbildung abdeckt. Weist eine ausländische Ausbildung im Vergleich zum entsprechenden schweizerischen Abschluss ein Defizit von mehr als 50 Prozent auf, kann nicht mehr von einer Vergleichbarkeit der Ausbildungen bzw. der Abschlüsse / Diplome gesprochen werden. Es muss weiterhin möglich bleiben, eine Anerkennung unter diesen Umständen abzulehnen. Wir regen an, den Artikel bzw. den erläuternden Bericht dahingehend zu schärfen.

Zu Art. 2.6

Grundsätzlich wäre zu klären, ob das Abkommen nur die Anerkennung von Berufsqualifikationen regelt, d.h. die Gleichwertigkeit einer ausländischen Berufsausbildung, oder ob es auch die weiteren Voraussetzungen der Berufszulassung umfasst. Art. 2.6 deutet darauf hin, dass auch die weiteren Voraussetzungen, wie z.B. der gute Leumund, erfasst werden. Wir regen an, diesen Punkt im erläuternden Bericht deutlicher zu machen. Falls das Abkommen auch die Erteilung der Berufsausübungsbewilligung (die auf der Anerkennung folgt und sich auf den Anerkennungsentscheid der oben erwähnten Kommissionen stützt) regelt, müssten im Abkommen Bestimmungen über die Zustellung und die Rechtshilfe ergänzt werden. Das Vereinigte Königreich ist nämlich dem «Europäischen Übereinkommen über die Zustellung von Schriftstücken in Verwaltungssachen im Ausland» nicht beigetreten. Das heisst konkret, die Berufsausübungsbewilligungen müssten auf diplomatischem Weg in das Vereinigte Königreich geschickt oder aber – auf dem gleichen Weg – die Bezeichnung einer Zustelladresse in der Schweiz verlangt werden. Entsprechend braucht es eine Regelung, welche die postalische Zustellung von Verfügungen in das Vereinigte Königreich erlaubt.

Zu Art. 2.7

In der Erläuterung zu Art. 2.7 Abs. 6 heisst es zudem, dass das Abkommen keine formelle Verpflichtung der Behörden enthält, besonders schützenswerte Personendaten offenzulegen, weil es der Gesuchstellerin bzw. dem Gesuchsteller obliege, den guten Leumund und ähnliches nachzuweisen. Das mag vielleicht für das Gesuchverfahren zutreffen. Nur besteht auch während der Gültigkeitsdauer einer Bewilligung das Bedürfnis, allfällige Disziplinar-massnahmen dem anderen Staat mitteilen zu dürfen, damit dieser für seine Rechtsordnung die Zulassung beschränken kann. Entsprechend ist eine Bestimmung,



welche die Rechtshilfe zwischen britischen und schweizerischen Behörden regelt, erforderlich. Dass es solche Bestimmungen (auch die erwähnte postalische Zustellung) in den bilateralen Verträgen mit der EU nicht gibt, ist kein Argument.

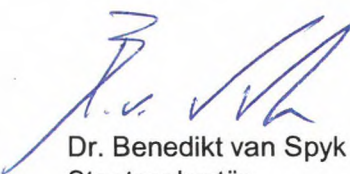
Im Übrigen unterstützen wir die Stellungnahme der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK).

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Im Namen der Regierung


Stefan Kölliker
Präsident




Dr. Benedikt van Spyk
Staatssekretär

Zustellung auch per E-Mail (pdf- und Word-Version) an:
guillaume.hellmueller@sbfi.admin.ch

Telefon +41 (0)52 632 71 11
Fax +41 (0)52 632 72 00
staatskanzlei@sh.ch

Regierungsrat

Eidgenössisches Departement für
Wirtschaft, Bildung und Forschung

per E-Mail an:
guillaume.hellmueller@sbfi.ad-
min.ch

Schaffhausen, 3. Oktober 2023

Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen:

**Abkommen zwischen der Schweiz und dem Vereinigten Königreich über die Anerken-
nung von Berufsqualifikationen und Umsetzung im Anwaltsgesetz**

**Delegation der Zuständigkeit zugunsten des Bundesrates für völkerrechtliche Verträge
im Bereich des Medizinalberufegesetzes, des Gesundheitsberufegesetzes, des Psycho-
logieberufegesetzes und des Anwaltsgesetzes**

Vernehmlassung

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Sehr geehrte Damen und Herren

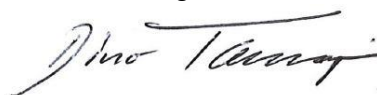
Mit Schreiben vom 15. Juni 2023 haben Sie uns in vorgenannter Angelegenheit zur Stellung-
nahme eingeladen. Wir bedanken uns für diese Möglichkeit und teilen Ihnen mit, dass wir uns
der Stellungnahme der Konferenz der Kantonsregierungen vom 22. September 2023 anschlies-
sen.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrates

Der Präsident:

Dino Tamagni



Der Staatsschreiber-Stv.:



Christian Ritzmann

Regierungsrat

Rathaus
Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
so.ch

Per E-Mail

Eidgenössisches Departement für
Wirtschaft, Bildung und Forschung
WBF

guillaume.hellmueller@sbfi.admin.ch

12. September 2023

**Vernehmlassung zum Abkommen zwischen der Schweiz und dem Vereinigten
Königreich über die Anerkennung von Berufsqualifikationen und Umsetzung im
Anwaltsgesetz**

Sehr geehrter Herr Bundesrat,
sehr geehrte Damen und Herren

Wir nehmen Bezug auf Ihr Schreiben vom 15. Juni 2023 in oben genannter Angelegenheit,
danken für die Gelegenheit zur Stellungnahme und äussern uns dazu gerne wie folgt:

1. Anerkennung der Berufsqualifikationen im Bereich der Gesundheitsberufe

Der Abschluss des Abkommens ist grundsätzlich zu begrüssen. Im Bereich der Gesundheitsberufe ist in der Mehrheit der Fälle der Bund für die Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen zuständig. Nur in seltenen Fällen reglementieren die Kantone noch Tätigkeiten (z.B. im Bereich der Naturheil-, Komplementär- oder Alternativtherapien) und sind damit in der Folge überhaupt für entsprechende Anerkennungsverfahren zuständig. Die gegenseitige Anerkennung von Berufsqualifikationen zwischen der Schweiz und dem Vereinigten Königreich kann damit im bewährten Rahmen weitergeführt werden. Mit Blick auf den Fachkräftemangel im Bereich der Gesundheitsberufe ist es zudem wertvoll, wenn die Anerkennung von im Vereinigten Königreich erworbenen gleichwertigen Berufsqualifikationen analog zum Verfahren gemäss FZA möglich ist. Was die branchenspezifischen Vereinbarungen (vgl. Artikel 2.12) anbelangt, die in der Kompetenz des Bundesrates liegen sollen, so könnten davon allenfalls auch von den Kantonen reglementierte Berufe betroffen sein. Einer solchen Kompetenzdelegation kann unter dem Vorbehalt zugestimmt werden, dass der Bundesrat entsprechend Art. 54 Abs. 3 der Bundesverfassung (BV) auf die Zuständigkeiten der Kantone Rücksicht nimmt, ihre Interessen wahrt und sie gemäss Art. 55 BV in diese aussenpolitischen Entscheide einbezieht. Wir gehen deshalb davon aus, dass jeweils vorab entsprechende Konsultationen durchgeführt würden. Für eine erfolgreiche Umsetzung des Abkommens wird es schliesslich wichtig sein, die Kantone hinreichend über das neue Abkommen, seine Tragweite und Auswirkungen sowie seinen Anwendungsbereich und seine Funktionsweise zu informieren.

Im Bereich der vom MedBG, GesBG und PsyG geregelten Gesundheitsberufe liegt die Kompetenz zur Anerkennung ausländischer Diplome/Ausbildungsabschlüsse beim Bund. Der geplanten Kompetenzdelegation zum Abschluss selbständiger völkerrechtlicher Verträge über die Anerkennung von Berufsqualifikationen an den Bundesrat kann unter folgenden Voraussetzungen zugestimmt werden: Erstens muss sichergestellt bleiben, dass die Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen nur möglich ist, sofern eine Äquivalenz mit den entsprechenden schweizerischen Berufsqualifikationen besteht. Im Bereich der Gesundheitsversorgung haben die Patientensicherheit, der Gesundheitsschutz sowie die Qualität der Leistungserbringung absoluten Vorrang. Zweitens müssen die verfassungsmässigen Rechte der Kantone gemäss Art. 54 Abs. 3 und Art. 55 BV auch hier jederzeit gewahrt bleiben (inkl. der vorstehend bereits angesprochenen Konsultationen bei den Kantonen).

2. Anerkennung der Berufsqualifikationen im Bereich bestimmter juristischer Berufe

Der erläuternde Bericht (S. 11 ff.) führt zur Änderung aus, das künftige System für britische Anwältinnen und Anwälte entspreche weitestgehend demjenigen, das für Anwälte aus der EU und EFTA gelte. Das Abkommen ermögliche es, eine einfache und auf das aktuelle System abgestimmte Regelung der Anerkennung von Berufsqualifikationen aufrechtzuerhalten. Nichts deute darauf hin, dass unter dem CRA automatisch anerkannte Qualifikationen in Zukunft umständlichen Ausgleichsmassnahmen unterliegen würden. Es sei somit nicht davon auszugehen, dass die Bearbeitung von Gesuchen aufwändiger werde. Auf die Kantone habe das Abkommen keine Auswirkungen und schaffe keinerlei zusätzliche Aufgaben.

Diese Ausführungen im erläuternden Bericht werden sehr begrüsst. Indessen scheint Anhang A des Abkommens («zusätzliche Bestimmungen für bestimmte juristische Berufe») in einem gewissen Widerspruch zu diesen zu stehen. So ist dort vorgesehen, dass die für juristische Berufe zuständige Behörde (v.a. die kantonale Anwaltsaufsichtsbehörde) von der Anwältin oder vom Anwalt im Rahmen eines Eintragungsverfahrens Ausgleichsmassnahmen verlangen kann, wenn sie der Meinung ist, es bestehe ein wesentlicher Unterschied zwischen den Berufsqualifikationen von Anwältinnen und Anwälten im Vereinigten Königreich und der Schweiz (Art. A.3 des Anhangs A). In diesem Fall müsste sie von der gesuchstellenden Person einen (bis zu) 3-jährigen Anpassungslehrgang oder eine Eignungsprüfung verlangen, wobei die gesuchstellende Person die Ausgleichsmassnahme aus den beiden genannten Möglichkeiten wählen könnte. Bisher besteht in Art. 27 ff. und 30 ff. BGFA eine gut eingebürgerte und differenzierte gesetzliche Regelung in Bezug auf die Anforderungen für die ständige Ausübung des Anwaltsberufs durch Personen aus EU- und EFTA-Staaten. Wir gehen aufgrund der Ausführungen im erläuternden Bericht davon aus, dass für britische Anwaltsqualifikationen dieses Regime genügen wird und der Bund die generelle Gleichwertigkeit abgeklärt hat, so dass Ausgleichsmassnahmen nicht nötig sein werden. Sollte dem nicht so sein, müsste der Bund den kantonalen Anwaltsaufsichtsbehörden aufzeigen, wie die Vorgaben von Art. A.3 des Anhangs A einheitlich umgesetzt werden könnten, insbesondere hinsichtlich des – in der heutigen Praxis nicht angewendeten – Instruments des Anpassungslehrgangs (Art. A.3 Ziff. 2 Bst. c des Anhangs A).

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Ausführungen.

Mit freundlichen Grüssen

IM NAMEN DES REGIERUNGSRATES

sig.
Brigit Wyss
Frau Landammann

sig.
Andreas Eng
Staatsschreiber

Consiglio di Stato
Piazza Governo 6
Casella postale 2170
6501 Bellinzona
telefono +41 91 814 41 11
fax +41 91 814 44 35
e-mail can@ti.ch
web www.ti.ch

Repubblica e Cantone
Ticino

Il Consiglio di Stato

Al
Dipartimento federale dell'economia,
della formazione e della ricerca DEFR
3003 Berna

*Invio per posta elettronica in formato word
e PDF*

guillaume.hellmueller@sbfi.admin.ch

Procedura di consultazione concernente il riconoscimento delle qualifiche professionali estere:

- **accordo tra la Svizzera e il Regno Unito sul riconoscimento delle qualifiche professionali e attuazione nella Legge sugli avvocati**
- **delega di competenza a favore del Consiglio federale per i trattati internazionali nel settore della Legge sulle professioni mediche, della Legge federale sulle professioni sanitarie, della Legge federale sulle professioni psicologiche e della Legge sugli avvocati**

Gentili signore, egregi signori,

con scritto 15 giugno scorso ci avete sottoposto per parere, da un lato, il Progetto di Accordo tra la Confederazione Svizzera e il Regno Unito di Gran Bretagna e Irlanda del Nord sul riconoscimento delle qualifiche professionali, con il relativo Decreto federale di approvazione, e dall'altro il Progetto di modifica di Legge sulla conclusione di trattati internazionali in materia di riconoscimento delle qualifiche professionali.

Nel ringraziarvi per averci interpellato, osserviamo quanto segue.

In considerazione dell'interruzione dell'applicazione degli Accordi sulla libera circolazione delle persone (ALCP) la Svizzera ed il Regno Unito, a seguito dell'uscita di quest'ultimo dall'Unione europea (UE), e dell'ormai prossima scadenza dell' Accordo sui diritti dei cittadini in seguito al recesso del Regno Unito dall'Unione europea (Citizens' Rights Agreement, CRA), il 31 dicembre 2024, siamo concordi sulla necessità di definire un regime di riconoscimento reciproco delle qualifiche professionali regolate a livello federale così come cantonale.

Prendiamo atto che il nuovo Accordo ricalca in modo importante quanto in precedenza già applicato sulla scorta degli ALCP, così da poter garantire la continuità della prassi

RG n. 4526 del 27 settembre 2023

sino ad oggi applicata, facilitando inoltre la sua applicazione da parte delle competenti autorità.

In particolare, per quanto riguarda le professioni sanitarie regolate a livello cantonale, il Dipartimento della sanità e della socialità rileva come l'Ufficio di sanità faccia riferimento alle associazioni di categoria al fine di determinare l'equivalenza delle qualifiche professionali estere. È dunque importante che i criteri di riconoscimento si discostino il meno possibile da quelli sino ad oggi applicati e sui quali si fonda l'attuale prassi.

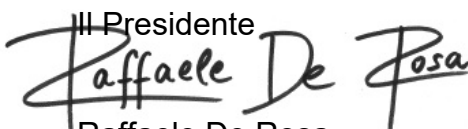
Pur mantenendo una certa garanzia del riconoscimento delle qualifiche professionali è importante che la Confederazione, competente a determinare per la maggior parte dei diplomi il loro riconoscimento, possa ancora imporre dei provvedimenti di compensazione. Questo vale anche per i Cantoni in relazione alle attività da essi regolati (per il Cantone Ticino si pensi in particolare ai terapeuti complementari cantonali, alle estetiste,...).

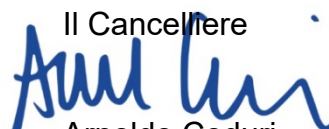
Dal canto suo il Dipartimento dell'educazione, della cultura e dello sport, per il tramite della Sezione della formazione sanitaria e sociale, accoglie favorevolmente la regolamentazione del riconoscimento della formazione svizzera di base in ambito sanitario da parte del Regno Unito, affinché essa non venga discriminata rispetto ai titoli spesso accademici di quest'ultimo.

In merito alla regolamentazione della professione dell'avvocato la Divisione della giustizia del Dipartimento delle istituzioni, e l'Ordine degli avvocati del Canton Ticino, da esso coinvolto, non hanno osservazioni particolari da formulare.

Vogliate gradire, gentili signore, egregi signori, l'espressione della nostra stima.

PER IL CONSIGLIO DI STATO

Il Presidente

Raffaele De Rosa

Il Cancelliere

Arnaldo Coduri

Copia a:

- Dipartimento della sanità e della socialità (dss-dir@ti.ch)
- Dipartimento dell'educazione, della cultura e dello sport (decs-dir@ti.ch)
- Dipartimento delle istituzioni (di-dir@ti.ch)
- Divisione della salute pubblica (dss-dsp@ti.ch)
- Divisione della giustizia (di-dg@ti.ch)
- Sezione della formazione sanitaria e sociale (decs-sefss@ti.ch)
- Ufficio di sanità (dss-us.comunicazioni.interne.ac@ti.ch)
- Deputazione ticinese alle Camere federali (can-relazioniesterne@ti.ch)
- Pubblicazione in Internet

Staatskanzlei, Regierungsgebäude, 8510 Frauenfeld

Eidgenössisches
Departement für Wirtschaft,
Bildung und Forschung
Herr Guy Parmelin
Bundesrat
3003 Bern

Frauenfeld, 29. August 2023
475

Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen: Abkommen zwischen der Schweiz und dem Vereinigten Königreich über die Anerkennung von Berufsqualifikationen und Umsetzung im Anwaltsgesetz

Delegation der Zuständigkeit zugunsten des Bundesrates für völkerrechtliche Verträge im Bereich des Medizinalberufegesetzes, des Gesundheitsberufegesetzes, des Psychologieberufegesetzes und des Anwaltsgesetzes

Vernehmlassung

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit der Stellungnahme in der oben genannten Sache.

In Anbetracht dessen, dass das vorliegende, geplante Abkommen mit dem Vereinigten Königreich betreffend Anerkennung von ausländischen Berufsqualifikationen analog weiterer, bereits bestehender Abkommen verfasst wurde, befürwortet der Kanton Thurgau das Inkrafttreten dieser Anschlusslösung. Ebenfalls befürwortet der Kanton Thurgau die Delegation der Zuständigkeit zugunsten des Bundesrates für völkerrechtliche Verträge in den titelerwähnten Gesetzen.

Bezüglich dem Abkommen und die Gesundheitsberufe betreffend ist dem Kanton Thurgau insbesondere wichtig, dass – wie in den nachstehend aufgeführten Artikeln festgehalten – das Abkommen nur für reglementierte Berufe gilt (Art. 2.3 Abs. 1), dass die Gleichbehandlung von Fachpersonen mit Anerkennung gewährleistet ist (Art. 2.3 Abs. 3) und dass Verweigerungsmöglichkeiten bestehen bei zu grossen Unterschieden in der Ausbildung (Art. 2.4) oder bei Nichterfüllung von Voraussetzungen, die für den Zugang zum Beruf und dessen Ausübung notwendig sind (Art. 2.6). Ebenso wichtig ist der Hinweis auf die Pflicht der gesuchstellenden Person, einen Nachweis für einen unbescholtenen Leumund sowie das Nichtvorhandensein von Vorstrafen oder Einschränkungen der Berufsausübung zu erbringen (Art. 2.7 Abs. 6 und 7). Auch die Möglichkeit

2/2

zur Überprüfung der Sprachkenntnisse im Rahmen des Anerkennungsverfahrens ist unseres Erachtens unbedingt beizubehalten (Art. 2.9). Diese Punkte haben für die bewilligungserteilenden Instanzen im Kanton eine hohe Wichtigkeit, zumal sie eine direkte und teils präjudizielle Auswirkung auf die Voraussetzungen zur Erteilung einer Berufsausübungsbewilligung haben. Dadurch wird durch das vorliegende Abkommen weitgehend sichergestellt, dass nur qualifizierte Personen mit Ausbildungen aus dem Vereinigten Königreich durch eine Anerkennung Zugang zum Schweizer Gesundheitswesen erhalten und die Qualität der Leistungserbringer insbesondere im Bereich der Patientensicherheit und des Gesundheitsschutzes sichergestellt ist. Dies muss auch bei der Kompetenzdelegation an den Bundesrat gewährleistet bleiben. Der Kanton Thurgau geht überdies davon aus, dass die Anerkennungsverfahren für die universitären Medizinalberufe wie bisher über die Medizinalberufekommission oder die Psychologieberufekommission abgewickelt werden. Zudem ist bei etwaigen Kompetenzdelegationen an den Bund, wie sie allenfalls bei branchenspezifischen Vereinbarungen zum Tragen kommen könnten (vgl. Artikel 2.12), in jedem Fall gemäss Art. 54 Abs. 3 der Bundesverfassung (BV; SR 101) auf die Zuständigkeiten der Kantone Rücksicht zu nehmen und ihre Interessen zu wahren.

Unter diesen Prämissen ist der Kanton Thurgau sowohl mit dem Entwurf des Bundesbeschlusses über die Genehmigung des Abkommens zwischen der Schweiz und dem Vereinigten Königreich über die Anerkennung von Berufsqualifikationen und über dessen Umsetzung als auch mit dem Entwurf zu einem Bundesgesetz über den Abschluss internationaler Verträge über die Anerkennung von Berufsqualifikationen einverstanden.

Mit freundlichen Grüssen

Der Präsident des Regierungsrates

Der Staatsschreiber

Herr Bundesrat
Guy Parmelin
Vorsteher des Eidg. Departements für
Wirtschaft, Bildung und Forschung
Bundeshaus Ost
3003 Bern

Elektronische Zustelladresse: guillaume.hellmueller@sbfi.admin.ch

Altdorf, 26. September 2023

Abkommen zwischen der Schweiz und dem Vereinigten Königreich über die Anerkennung von Berufsqualifikationen; Stellungnahme

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 15. Juni 2023 unterbreiten Sie uns die Vorlage des Abkommens zwischen der Schweiz und dem Vereinigten Königreich über die Anerkennung von Berufsqualifikationen zur Konsultation. Wir danken Ihnen für die Möglichkeit der Stellungnahme und äussern uns wie folgt:

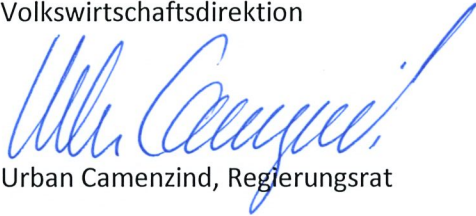
Die Förderung der internationalen Anerkennung von Schweizer Bildungsabschlüssen ist für den Kanton Uri von zentraler Bedeutung. Das Abkommen zwischen der Schweiz und dem Vereinigten Königreich stellt sicher, dass nach dem Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU die damals geltenden Bestimmungen zur gegenseitigen Anerkennung von Berufsqualifikationen fortgesetzt werden können. Eine derzeit geltende Übergangsregelung wird mit dem neuen Abkommen in eine ständige Rechtsgrundlage überführt. Das neue Abkommen ist somit notwendig und stellt den Status Quo sicher.

Im Übrigen schliessen wir uns der Stellungnahme der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) an, die ihrerseits bereits eine Vernehmlassung in dieser Sache bei den Kantonsregierungen durchgeführt hat. Die Position der KdK ist in der Beilage sowie unter <https://kdk.ch/aktuell/stellungnahmen> einsehbar.

Sehr geehrter Herr Bundesrat, sehr geehrte Damen und Herren, wir bedanken uns für die Möglichkeit der Stellungnahme und grüssen Sie freundlichst.

Freundliche Grüsse

Volkswirtschaftsdirektion



Urban Camenzind, Regierungsrat

Beilage:

- Stellungnahme der KdK vom 22. September 2023



P.P. CH-1951
Sion

Poste CH SA

Monsieur
Guy Parmelin
Conseiller fédéral
Chef du Département fédéral de
l'économie, de la formation et de la
recherche (DEFR)
Palais fédéral Est
3003 Berne



Notre réf.
Votre réf. YR/TF

Date 27 septembre 2023

Accord entre la Suisse et le Royaume-Uni en matière de reconnaissance des qualifications professionnelles - consultation

Monsieur le Conseiller fédéral,

Votre correspondance du 15 juin 2023 concernant l'objet cité en référence nous est bien parvenue et a retenu toute notre attention. Le Conseil d'Etat valaisan est globalement favorable aux trois projets soumis à consultation à savoir :

- l'Arrêté fédéral portant approbation et mise en œuvre (modification de la loi sur les avocats) de l'accord entre la Suisse et le Royaume-Uni en matière de reconnaissance des qualifications professionnelles ;
- la Loi sur la conclusion de traités internationaux en matière de reconnaissance des qualifications professionnelles ;
- l'Accord entre la Confédération suisse et le Royaume-Uni de Grande Bretagne et d'Irlande du Nord en matière de reconnaissance des qualifications professionnelles.

1. Aspects généraux

Le Conseil d'Etat valaisan soutient la conclusion d'un accord entre la Suisse et le Royaume-Uni en matière de reconnaissance de qualifications professionnelles tant sur la forme que sur le fond. Sur la forme, ce nouvel accord est nécessaire pour pérenniser le régime transitoire sur les droits acquis des citoyens (CRA) d'une durée de quatre ans (2020-2024) conclu entre la Suisse et le Royaume-Uni suite à sa sortie de l'UE.

Nous percevons dans la signature de cet accord un instrument efficace pour faciliter les échanges et la mobilité des professionnels concernés entre les régions suisses et du Royaume-Uni.

Du point de vue de la formation professionnelle suisse, il est important que les diplômes suisses des professions réglementées restent reconnus au Royaume-Uni. Il convient notamment de mentionner les diplômes de la formation professionnelle initiale et de la formation professionnelle supérieure, qui ne sont pas toujours reconnus et classés correctement au Royaume-Uni en raison du caractère académique du système de formation. En raison des réglementations en vigueur jusqu'à présent et de la continuité sans faille avec le nouvel accord, cette reconnaissance se poursuivra, ce qui est d'une grande importance pour la formation professionnelle suisse.



Cet accord procurera une sécurité juridique aux personnes formées en Suisse ou au Royaume-Uni ainsi qu'aux employeurs (institutions et entreprises) actifs sur ces mêmes territoires. De plus, avec un champ d'application élargi par rapport au CRA, c'est-à-dire s'appliquant aux diplômes (britannique ou suisse) obtenus par les personnes et non pas à leur nationalité, le nouvel accord renforce l'attrait des systèmes de formation britannique et suisse, orienté à l'international en particulier pour le domaine des hautes écoles. Finalement, le nouvel accord bien qu'il lie directement les autorités cantonales qui doivent en appliquer les dispositions, a un impact neutre sur l'administration et la bureaucratie, c'est-à-dire qu'il ne changera pas la pratique actuellement en cours dans le cadre de l'Accord de libre-circulation des personnes et du CRA en ce qui concerne les professions réglementées par la Confédération ou les cantons.

Sur le fond, nous saluons cet accord qui s'inscrit dans un contexte de pénurie de personnel qualifié et fait partie des instruments du marché du travail visant à renforcer mutuellement les échanges, l'accès et l'intégration des travailleurs des professions réglementées (avocat, professions médicales et de la santé, psychologues, etc.).

Par ailleurs, un monitoring de l'accord donnerait des indications utiles sur les évolutions des marchés du travail britannique et suisse dans les métiers concernés.

2. Reconnaissance des qualifications professionnelles dans le domaine de la santé

Le Conseil d'Etat valaisan soutient la délégation de compétence au Conseil fédéral pour conclure seul des accords internationaux de reconnaissances des qualifications professionnelles par la voie d'arrangement de reconnaissance mutuelle (ARM) distinct ou d'une annexe à l'accord. Il soutient également la nécessaire modification de la LPMéd, la LPsy, la LPSan et la LLCA de manière à ce que la compétence du Conseil fédéral s'étende aux autres pays.

Ces modifications permettront d'harmoniser un grand nombre de professions dans le droit fédéral. Dans le prolongement de l'Entente entre le Conseil fédéral suisse et le Gouvernement du Québec en matière de reconnaissance mutuelle des qualifications professionnelles du 14 juin 2022 (RS 0.412.123.209.1), le Conseil fédéral pourra conclure des ARM avec le Québec. De plus et comme l'a déjà relevé le Canton du Valais lors de la consultation de 2022 concernant cette entente, il nous semble nécessaire que des efforts de reconnaissance continuent d'être conduits en particulier pour d'autres professions de la santé, notamment pour les infirmières voire pour le personnel médical si le niveau de formation correspond au standard en vigueur (à condition que le nombre d'années de formation corresponde à la pratique en la matière en Suisse).

3. Reconnaissance des qualifications professionnelles dans le domaine de la formation professionnelle et des diplômes d'enseignement

Du point de vue de la formation professionnelle suisse, le Conseil d'Etat insiste pour que les diplômes suisses des professions réglementées restent reconnus au Royaume-Uni ce qui sera le cas avec le nouvel accord. Pour certaines professions (p. ex. soins infirmiers ES/HES), il convient d'examiner à moyen terme l'option d'un accord séparé qui, à l'instar de la réglementation en vigueur dans l'UE, garantirait une reconnaissance automatique des diplômes.

S'agissant des anciennes formations relevant du secondaire II (notamment celles des enseignants des degrés préscolaire et primaire), le Conseil d'Etat demande d'examiner leur intégration dans une disposition de l'accord entre la Suisse et le Royaume-Uni pour que ces cursus toujours valables et donc reconnus, en principe, sur tout le territoire suisse soient traités au même titre que dans le cadre du régime de la directive européenne 2005/36/CE (reconnaissance d'équivalence avec la formation actuelle correspondante).

Le Conseil d'Etat demande, cas échéant, de préciser dans le rapport explicatif l'application de l'article 2.4.4 de l'accord sur la prescription des mesures compensatoires dans le sens de la pratique actuelle à savoir que la formation étrangère doit couvrir au minimum 50 % des exigences minimales relatives à la formation correspondante en Suisse. Selon la pratique actuelle de la Conférence des directrices et directeurs cantonaux de l'instruction publique (CDIP), en matière de reconnaissance des diplômes d'enseignement, la prescription de mesures compensatoires n'a de sens que si la formation étrangère couvre au minimum 50 % des exigences minimales relatives à la formation correspondante en Suisse. Si une formation étrangère présente un déficit de plus de 50 % en comparaison avec le diplôme suisse correspondant, il n'est plus possible de parler de comparabilité des formations, respectivement des titres de fin d'études / diplômes. Le projet d'accord entre la Suisse et le Royaume-Uni prévoit en son article 2.4.4 une disposition qui nous semble similaire. Ni l'accord en question ni le rapport explicatif ne contenant plus de précisions quant à la portée de

cette disposition, nous partons du principe que l'article 2.4.2 en combinaison avec l'article 2.3.1 (notion de « qualifications professionnelles comparables ») permettent d'écarter toute reconnaissance (donc rejet) si les déficits constatés représentent une part substantielle de la formation correspondante dans le pays d'accueil. Si tel n'est pas le cas, nous sommes d'avis que le rapport explicatif doit être complété dans ce sens.

En vous remerciant de l'intérêt que vous porterez à notre avis sur la consultation conduite, nous vous prions de croire, Monsieur le Conseiller fédéral, à l'expression de notre considération distinguée.

Au nom du Conseil d'Etat

Le président



Christophe Darbellay



La chancelière



Monique Albrecht

Copie par courriel à guillaume.hellmueller@sbfi.admin.ch
M. Yves Rey, chef du Service des hautes écoles
Mme Tanja Fux, cheffe du Service de la formation professionnelle

Monsieur le Conseiller fédéral
Guy Parmelin
Chef du Département fédéral de
l'économie, de la formation et de la
recherche
Speichergasse 6
3001 Berne

guillaume.hellmueller@sbfi.admin.ch

Réf. : 23_COU_5763

Lausanne, le 4 octobre 2023

Consultation sur l'Accord entre la Suisse et le Royaume-Uni en matière de reconnaissance des qualifications professionnelles et sur la Délégation de compétence en faveur du Conseil fédéral en matière de traités internationaux dans le domaine de la loi sur les professions médicales, de la loi sur les professions de la psychologie, de la loi fédérale sur les professions de la santé et de la loi sur les avocats

Monsieur le Conseiller fédéral,

Le Conseil d'Etat vaudois a l'honneur de vous adresser sa prise de position en réponse à la consultation sur les projets d'Accord et de Délégation de compétence cités sous référence et remercie le Département fédéral de l'économie, de la formation et de la recherche (DEFR) de l'avoir consulté à ce sujet.

Le Gouvernement vaudois fait part de son soutien aux objets mis en consultation auprès notamment de l'ensemble des cantons et, à cet égard, il adhère pleinement à la prise de position adressée au DEFR par la Conférence des gouvernements cantonaux (CdC) à ce sujet, tout en exprimant son insistance et certaines nuances sur les points exposés ci-après.

Le Conseil d'Etat insiste tout particulièrement sur les points de vigilance liés à la délégation de compétence en faveur du Conseil fédéral en matière de traités internationaux dans le domaine des quatre lois concernées. Les futurs Arrangements de reconnaissance mutuelle (ARM) qui pourront être conclus par le Conseil fédéral soulèvent un enjeu sur la distinction entre les niveaux de qualification ES et HES pour les diplômées et diplômés des écoles suisses cherchant à exercer à l'étranger. Cette distinction devrait absolument être faite, en particulier pour ce qui concerne les professions de santé (infirmières et infirmiers en particulier). Ce point de vigilance illustre l'importance d'une consultation des cantons lors de l'établissement de nouveaux ARM, comme semble d'ailleurs le prévoir le rapport explicatif (cf. p.12 : « *la norme de délégation ne dispensera pas de procéder à une consultation si les conditions légales sont remplies* »).

Au sujet des diplômes de la formation professionnelle initiale et de la formation professionnelle supérieure, qui ne sont pas toujours reconnus et classés correctement au Royaume-Uni en raison du caractère académique du système de formation, le Conseil d'Etat vaudois insiste sur l'importance tant de la continuité offerte par le nouvel accord pour la reconnaissance de ces diplômes que de la surveillance qui sera exercée à cet égard par le comité mixte, lequel pourra intervenir si des diplômes suisses de professions réglementées devaient être discriminés au Royaume-Uni.

Concernant enfin la prescription de mesures compensatoires, laquelle n'a de sens que si la formation étrangère couvre au minimum 50 % des exigences minimales relatives à la formation correspondante en Suisse (cf. point 3.3), le Gouvernement vaudois insiste pour que celle-ci tienne compte de la pratique actuelle dans le domaine de la validation des acquis de l'expérience, que ce soit dans la formation professionnelle, la santé ou l'enseignement. En effet, le projet d'accord ne prévoit aucune disposition explicite concernant la validation des acquis de l'expérience. Le Conseil d'Etat recommande dès lors que, lorsqu'il existe une différence substantielle entre les qualifications professionnelles du professionnel concerné et les connaissances ou compétences de base indispensables à l'exercice de la profession dans le pays d'accueil, les compétences acquises par le professionnel dans le pays d'origine soient évaluées, validées et prises en compte lors d'une formation éventuelle dans le pays d'accueil.

En vous remerciant par avance de l'attention que vous porterez aux considérations qui précèdent, nous vous prions de croire, Monsieur le Conseiller fédéral, à l'assurance de notre parfaite considération.

AU NOM DU CONSEIL D'ETAT

LA PRESIDENTE



Christelle Luisier Brodard

LE CHANCELIER a.i.



François Vodoz

Copies

- SG DEIEP
- SG DEF
- OAE

Volkswirtschaftsdirektion, Postfach, 6301 Zug

Nur per E-Mail

Eidgenössisches Departement für
Wirtschaft, Bildung und Forschung
Guy Parmelin, Bundesrat
Bundeshaus Ost
3003 Bern

T direkt +41 41 728 55 01
silvia.thalmann@zg.ch
Zug, 30. August 2023 HAIT
VD VDS 6 / 474 - 81223

**Vernehmlassung zum Abkommen zwischen der Schweiz und dem Vereinigten Königreich
über die Anerkennung von Berufsqualifikationen – Stellungnahme des Kantons Zug**

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 15. Juni 2023 haben Sie die Kantone eingeladen, zum oben genannten Abkommen eine Stellungnahme einzureichen. Der Regierungsrat hat die Volkswirtschaftsdirektion mit der direkten Erledigung beauftragt. Gerne nehmen wir wie folgt Stellung:

Antrag und allgemeine Bemerkungen

Wir unterstützen das Abkommen. Die Weiterführung der gegenseitigen Anerkennung der Berufsqualifikationen zwischen der Schweiz und dem Vereinigten Königreich ist aus Sicht des Kantons Zug zwingend notwendig. Das Abkommen stärkt die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz im Vergleich zur EU/EFTA, da das Vereinigte Königreich aktuell kein vergleichbares Abkommen mit der EU/EFTA hat. Angesichts des aktuellen Fachkräftemangels ist dieser Wettbewerbsvorteil nicht zu unterschätzen. Ebenso haben Personen mit einem Schweizer Bildungsabschluss im Vereinigten Königreich Wettbewerbsvorteile gegenüber Personen mit EU-Bildungsabschluss.

Bemerkungen zum Abkommen im Einzelnen

Folgende Aspekte werden vom Kanton Zug positiv bewertet:

Anwendungsbereich (Artikel 2.2): Durch die Ausdehnung des Anwendungsbereichs auf den Ausbildungsstandort wird das Schweizer Bildungssystem gestärkt. Dadurch wird es für EU-Bürger attraktiver.

Ausgleichsmassnahmen (Artikel 2.5): Die vorgesehene Festlegung der Ausgleichsmassnahmen durch die zuständige Behörde vereinfacht den Anerkennungsprozess und senkt die Kosten.

Branchenspezifische Vereinbarungen (Artikel 2.12): Diese Regelung ermöglicht es, das Abkommen zukünftig an Änderungen in der Praxis anzupassen.

Kompetenzdelegation zugunsten des Bundesrats (Artikel 2.12): Aus Sicht des Kantons Zug spricht nichts gegen die vorgesehene Delegation, zumal die Durchführung von Vernehmlassungen dadurch unberührt bleibt.

Anpassungen für den Anwaltsberuf (Anhang zum Abkommen): Da das BGFA nur marginal angepasst werden soll, die Regelung für den Anwaltsberuf auf dem für Anwältinnen und Anwälte der EU/EFTA anwendbaren Mechanismus basiert und folglich keine besonderen Auswirkungen zu erwarten sind, ist von einer nur sehr marginalen Betroffenheit der Zuger Zivil- und Strafrechtspflege auszugehen. Der Kanton Zug verzichtet deshalb in diesem Punkt auf weitere Ausführungen.

Anerkennung von Berufsqualifikationen im Bereich Berufsbildung: Abschlüsse der beruflichen Grundbildung und der Höheren Berufsbildung wurden aufgrund des akademisch geprägten Bildungssystems im Vereinigten Königreich in der Vergangenheit nicht immer richtig anerkannt und eingestuft. Der Kanton Zug geht davon aus, dass der Gemischte Ausschuss die Situation beobachten und gegebenenfalls intervenieren wird, sollten schweizerische Abschlüsse reglementierter Berufe diskriminiert werden. Für einzelne Berufe (z.B. Pflege HF/Pflege FH) ist mittelfristig die Option eines separaten Abkommens zu prüfen, welches analog der Regelung in der EU eine automatische Anerkennung der Diplome sicherstellen würde.

Wir bedanken uns für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse
Volkswirtschaftsdirektion des Kantons Zug

Silvia Thalmann-Gut
Frau Landammann

Zustellung per E-Mail an:

- guillaume.hellmueller@sbfi.admin.ch (PDF und Word)
- Gesundheitsdirektion (info.gd@zg.ch) (PDF)
- Obergericht des Kantons Zug (info.og@zg.ch) (PDF)
- Verwaltungsgericht des Kantons Zug (info.vg@zg.ch) (PDF)
- Amt für Wirtschaft und Arbeit (Bernhard.Neidhart@zg.ch) (PDF)
- Amt für Berufsbildung (berufsbildung@zg.ch) (PDF)
- Staatskanzlei mit Auftrag zur Veröffentlichung auf der Homepage (info.staatskanzlei@zg.ch)



Eidgenössisches Departement für Wirtschaft,
Bildung und Forschung
3003 Bern

23. August 2023 (RRB Nr. 974/2023)

**Abkommen zwischen der Schweiz und dem Vereinigten Königreich über die
Anerkennung von Berufsqualifikationen (Vernehmlassung)**

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Mit Schreiben vom 15. Juni 2023 haben Sie uns eingeladen, zur Vorlage über das Abkommen zwischen der Schweiz und dem Vereinigten Königreich zur Anerkennung von Berufsqualifikationen Stellung zu nehmen. Wir danken Ihnen für diese Gelegenheit und äussern uns wie folgt:

Die Förderung der internationalen Anerkennung von Schweizer Bildungsabschlüssen ist für den Bildungs- und Wirtschaftsstandort Schweiz von grosser Bedeutung. Die gegenseitige Anerkennung von Berufsqualifikationen im reglementierten Bereich eröffnet Fachpersonen und Unternehmen den Zugang zum jeweils anderen Arbeitsmarkt und ist im Zeichen grenzüberschreitender Wirtschaftsräume und globalisierter Märkte eine Bedingung für die Mobilität der Arbeitnehmenden. Vor diesem Hintergrund ist dem vorliegenden Abkommen ohne Weiteres zuzustimmen. Es knüpft an den bisher einschlägigen Bestimmungen des Personenfreizügigkeitsabkommens bzw. des Abkommens über die Rechte der Bürgerinnen und Bürger an und überführt die geltende Übergangsregelung in dauerhaftes Recht. Dies schafft Rechtssicherheit und liegt im offensichtlichen Interesse beider Parteien. Dies gilt ebenso für die im Abkommen getroffene Sonderregelung für eine verfahrensmässige Vorzugsbehandlung für den Beruf der Anwältinnen und Anwälte.

Die in der Vorlage erwähnte Änderung der Spezialgesetze (Medizinalberufegesetz, Gesundheitsberufegesetz, Psychologieberufegesetz und Anwaltsgesetz) ermächtigt den Bundesrat, künftig auch ausserhalb des Anwendungsbereichs des Abkommens völkerrechtliche Verträge über die Anerkennung von Berufsqualifikationen in den betreffenden Bereichen abzuschliessen. In diesen Spezialgesetzen wird damit nachvollzogen, was im Berufsbildungsgesetz und im Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetz bereits geltendes Recht ist. Dies ist sachgerecht und zielführend.



Schliesslich erscheint es aus Sicht des Kantons Zürich wichtig, dass die verfassungsmässigen Rechte der Kantone, sollten denn deren Zuständigkeit und Interessen bei der Anwendung des Abkommens sowie künftiger völkerrechtlicher Verträge im Rahmen der Änderung der erwähnten Spezialgesetze tangiert sein, gewahrt bleiben.

Genehmigen Sie, sehr geehrter Herr Bundesrat,
die Versicherung unserer ausgezeichneten Hochachtung.

Im Namen des Regierungsrates

Der Präsident:

Die Staatsschreiberin:

Mario Fehr

Dr. Kathrin Arioli



Prise de position

Accord entre la Suisse et le Royaume-Uni en matière de reconnaissance de qualifications professionnelles

Par courrier du 15 juin 2023, le chef du DEFR a invité les gouvernements cantonaux à prendre position sur le projet d'accord entre la Suisse et le Royaume-Uni en matière de reconnaissance des qualifications professionnelles. Lors de leur Assemblée plénière du 22 septembre 2023, les gouvernements cantonaux ont arrêté la prise de position suivante :

1. Remarques générales

1 La promotion de la reconnaissance internationale des diplômes de formation suisses est d'une importance capitale pour les cantons. L'accord entre la Suisse et le Royaume-Uni garantit qu'après la sortie du Royaume-Uni de l'UE, les dispositions en vigueur en matière de reconnaissance mutuelle des qualifications professionnelles pourront être maintenues. Le régime transitoire en vigueur sera transformé en une base juridique permanente dans le nouvel accord. Le nouvel accord est donc nécessaire et garantit le statu quo.

2 Dans le cadre de l'accord sur la libre circulation des personnes (ALCP) et, post-Brexit, de l'accord sur les droits acquis des citoyens (CRA), la Suisse et le Royaume-Uni reconnaissent mutuellement leurs qualifications professionnelles depuis de nombreuses années déjà. La conclusion du nouvel accord sert donc à poursuivre les pratiques actuelles de reconnaissance et à en garantir la continuité. Contrairement au CRA, le champ d'application à caractère personnel de l'accord est toutefois plus large. La nationalité d'un État contractant n'est pas citée comme étant une condition indispensable, seul un diplôme britannique ou suisse est exigé.

3 Sont concernés par l'accord non seulement les professions réglementées par la Confédération, mais également celles réglementées par les cantons. Les autorités cantonales sont ainsi directement liées par l'accord et doivent en appliquer les dispositions (« *self-executing treaty* »). Cette pratique ayant déjà cours dans le cadre de l'ALCP et du CRA, l'accord qui fait l'objet de la présente consultation n'entraîne ni nouvelle tâche pour les cantons ni nécessité de légiférer.

4 Au vu de ces considérations, les gouvernements cantonaux estiment que la conclusion de l'accord est à saluer.

5 Nous attirons toutefois l'attention sur la nécessité d'une réglementation autorisant la notification postale des décisions au Royaume-Uni et régissant l'entraide judiciaire entre les autorités britanniques et suisses, le Royaume-Uni n'ayant pas adhéré à la Convention européenne sur la notification à l'étranger des documents en matière administrative.

2. Reconnaissance des qualifications professionnelles dans le domaine de la santé

2.1. Répartition des compétences entre la Confédération et les cantons

6 Dans le domaine de la santé, c'est à la Confédération que la reconnaissance des qualifications professionnelles étrangères incombe dans la majorité des cas. Seules de rares activités (p. ex. dans le domaine des thérapies naturelles, complémentaires ou alternatives) sont réglementées par les cantons, qui sont alors compétents dans les procédures de reconnaissance correspondantes. La reconnaissance mutuelle des qualifications professionnelles entre la Suisse et le Royaume-Uni peut donc se poursuivre dans un cadre qui a fait ses preuves.

7 Au regard de la pénurie de personnel qualifié dans le domaine de la santé, il est en outre primordial que les qualifications professionnelles équivalentes acquises au Royaume-Uni soient reconnues selon une procédure analogue à celle prévue par l'ALCP. Les arrangements spécifiques d'un secteur (cf. art. 2.12), qui sont censés relever de la compétence du Conseil fédéral, pourraient également concerner certaines professions réglementées par les cantons. Une telle délégation de compétences peut être approuvée, sous réserve que le Conseil fédéral tienne compte des compétences des cantons, qu'il sauvegarde leurs intérêts conformément à l'art. 54, al. 3, de la Constitution fédérale (Cst.) et les associe aux décisions en matière de politique extérieure au sens de l'art. 55 Cst. Par conséquent, nous partons du principe que des consultations correspondantes seront systématiquement menées en amont. Afin de garantir la bonne mise en œuvre de l'accord, il importera d'informer de façon adéquate les cantons du nouvel accord, de sa portée, de ses effets, de son champ d'application et de son fonctionnement.

2.2. Délégations de compétences au Conseil fédéral

8 Le projet soumis à consultation prévoit d'inscrire dans la loi des délégations de compétences, afin que le Conseil fédéral puisse conclure seul des traités de reconnaissance des qualifications professionnelles, non seulement avec le Royaume-Uni, mais également avec tous les autres pays. Sont entre autres concernées, dans le domaine de la santé, la loi fédérale sur les professions médicales universitaires (LPMéd), la loi fédérale sur les professions de la santé (LPSan) et la loi fédérale sur les professions relevant du domaine de la psychologie (LPsy). La délégation de compétences envisagée, qui habilite le seul Conseil fédéral à conclure des traités de droit international en matière de reconnaissance des qualifications professionnelles peut être approuvée dans les conditions suivantes :

9 Primo, il convient de s'assurer que la reconnaissance des qualifications professionnelles étrangères est uniquement possible s'il existe une équivalence avec les qualifications professionnelles suisses correspondantes. Dans le domaine des soins de santé, la sécurité des patientes et des patients, la protection de la santé et la qualité des prestations fournies demeurent une priorité absolue.

10 Secundo, les droits constitutionnels des cantons doivent être garantis en tout temps (y compris les consultations auprès des cantons évoquées plus haut) en vertu des art. 54, al. 3, et 55 Cst.

11 Enfin, nous soulignons que l'accord en question concerne uniquement la reconnaissance des qualifications professionnelles et n'a aucun rapport avec l'admission de fournisseurs de prestations de sécurité sociale.

3. Reconnaissance des qualifications professionnelles dans le domaine de la formation et de l'éducation

3.1. Formation professionnelle

12 Sur le plan de la formation professionnelle, il est important que les diplômes suisses des professions réglementées restent reconnus au Royaume-Uni, notamment les diplômes de la formation professionnelle initiale et de la formation professionnelle supérieure, qui ne sont pas toujours reconnus et classés correctement au Royaume-Uni en raison du caractère académique du système de formation. Cette reconnaissance sera maintenue à la faveur des règles en vigueur jusqu'à présent et de la continuité avec le nouvel accord, ce qui est d'une grande importance pour la formation professionnelle suisse.

13 Nous partons du principe que le comité mixte surveillera la situation et interviendra le cas échéant si des diplômes suisses de professions réglementées devaient être discriminés au Royaume-Uni. Pour certaines professions (p. ex. les soins infirmiers ES/HES), il convient d'examiner à moyen terme la possibilité de conclure un accord séparé qui, à l'instar de la réglementation en vigueur dans l'UE, garantirait une reconnaissance automatique des diplômes.

14 L'article 2.7, paragraphe 6, doit être formulé de telle sorte que les autorités compétentes soient tenues d'échanger des informations sur les mesures disciplinaires ou l'application de sanctions pénales ou sur d'autres circonstances particulières graves qui pourraient avoir une incidence sur l'exercice de la profession réglementée. Ceci au moins dans les domaines visés aux points 6a et 6b de l'article 2.7 de l'accord. Une telle obligation d'information correspondrait à l'échange obligatoire selon le système d'information sur le marché intérieur (IMI).

3.2. Formations relevant du secondaire II

15 En ce qui concerne les anciennes formations relevant du secondaire II (notamment celles des enseignants et enseignants des degrés préscolaire et primaire), elles sont toujours valables et donc reconnues, en principe, sur tout le territoire suisse. Dans le cadre du régime de la directive européenne 2005/36/CE, les titulaires de ces qualifications bénéficient d'une reconnaissance d'équivalence avec la formation actuelle, conformément à l'art. 12, para. 2, de ladite directive (« formations assimilées »). Cette attestation d'équivalence leur permet de faire valoir les dispositions de la directive 2005/36/CE. L'accord passé entre la Suisse et le Royaume-Uni ne prévoyant aucune disposition similaire, nous craignons que ces diplômes fassent l'objet d'un rejet quasi systématique.

3.3. Comparabilité des formations

16 Selon la pratique actuelle de la Conférence des directrices et directeurs cantonaux de l'instruction publique (CDIP) en matière de reconnaissance des diplômes d'enseignement, la prise de mesures compensatoires n'a de sens que si la formation étrangère couvre au moins 50 % des exigences minimales requises par la formation correspondante en Suisse. Si une formation étrangère présente une divergence de plus de 50 % avec le diplôme suisse correspondant, il n'est plus possible de parler de comparabilité des formations et des qualifications et diplômes. Dans ce cas, la demande est rejetée.

17 L'art. 2.4.4 du projet d'accord entre la Suisse et le Royaume-Uni prévoit une disposition qui nous semble similaire. Puisque ni l'accord ni le rapport explicatif ne contiennent plus de précisions quant à la portée de cette disposition, nous partons du principe que l'article 2.4.2 en combinaison avec l'article 2.3.1 (notion de « qualifications professionnelles comparables ») permettent d'écarter (et donc de rejeter) une reconnaissance si les divergences constatées représentent une part substantielle de la formation correspondante dans le pays d'accueil. Si tel n'est pas le cas, nous sommes d'avis que le rapport explicatif doit être complété dans ce sens.

Stellungnahme

Abkommen zwischen der Schweiz und dem Vereinigten Königreich über die Anerkennung von Berufsqualifikationen

Mit Schreiben vom 15. Juni 2023 lud der Vorsteher des WBF die Kantonsregierungen ein, zur Vorlage des Abkommens zwischen der Schweiz und dem Vereinigten Königreich über die Anerkennung von Berufsqualifikationen Stellung zu nehmen. An ihrer Plenarversammlung vom 22. September 2023 haben die Kantonsregierungen die folgende Stellungnahme beschlossen:

1. Generelles

1 Die Förderung der internationalen Anerkennung von Schweizer Bildungsabschlüssen ist für die Kantone von zentraler Bedeutung. Das Abkommen zwischen der Schweiz und dem Vereinigten Königreich stellt sicher, dass nach dem Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU die damals geltenden Bestimmungen zur gegenseitigen Anerkennung von Berufsqualifikationen fortgesetzt werden können. Eine derzeit geltende Übergangsregelung wird mit dem neuen Abkommen in eine ständige Rechtsgrundlage überführt. Das neue Abkommen ist somit notwendig und stellt den Status Quo sicher.

2 Im Rahmen des Freizügigkeitsabkommens (FZA) sowie – nach dem Brexit – des Abkommens über die Rechte der Bürgerinnen und Bürger (CRA) haben die Schweiz und das Vereinigte Königreich bereits seit vielen Jahren gegenseitig ihre Berufsqualifikationen anerkannt. Der Abschluss des neuen Abkommens dient insofern dazu, die bisherige Anerkennungspraxis fortzuführen und Kontinuität zu gewährleisten. Im Unterschied zum CRA ist allerdings der personenbezogene Geltungsbereich des Abkommens breiter gefasst. Die Staatsangehörigkeit eines Vertragsstaats ist nicht als Voraussetzung genannt, sondern es wird einzig an einen britischen oder einen schweizerischen Ausbildungsabschluss angeknüpft.

3 Vom Abkommen betroffen sind nebst vom Bund reglementierten Berufen auch solche, die von den Kantonen reglementiert werden. Somit werden kantonale Behörden durch das Abkommen unmittelbar gebunden und müssen die Bestimmungen direkt anwenden (*self-executing*). Dies entspricht der bisherigen Praxis im Rahmen des FZA und des CRA, so dass das vorliegend in Vernehmlassung stehende Abkommen für die Kantone keine neuen Aufgaben zur Folge haben und auch keinen Rechtsetzungsbedarf auslösen sollte.

4 Gestützt auf die vorstehenden Überlegungen ist der Abschluss des Abkommens aus Sicht der Kantonsregierungen daher grundsätzlich zu begrüßen.

5 Wir weisen jedoch auf die Notwendigkeit einer Regelung hin, die die postalische Zustellung von Verfügungen in das Vereinigte Königreich erlaubt und die Rechtshilfe zwischen britischen und schweizerischen Behörden regelt, da das Vereinigte Königreich dem Europäischen Übereinkommen über die Zustellung von Schriftstücken in Verwaltungssachen im Ausland nicht beigetreten ist.

2. Anerkennung von Berufsqualifikationen im Bereich der Gesundheitsberufe

2.1. Kompetenzverteilung Bund–Kantone

6 Im Bereich der Gesundheitsberufe ist in der Mehrheit der Fälle der Bund für die Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen zuständig. Nur in seltenen Fällen reglementieren die Kantone noch Tätigkeiten (z.B. im Bereich der Naturheil-, Komplementär- oder Alternativtherapien) und sind damit in der Folge überhaupt für entsprechende Anerkennungsverfahren zuständig. Die gegenseitige Anerkennung von Berufsqualifikationen zwischen der Schweiz und dem Vereinigten Königreich kann damit im bewährten Rahmen weitergeführt werden.

7 Mit Blick auf den Fachkräftemangel im Bereich der Gesundheitsberufe ist es zudem wertvoll, wenn die Anerkennung von im Vereinigten Königreich erworbenen gleichwertigen Berufsqualifikationen analog zum Verfahren gemäss FZA möglich ist. Was die branchenspezifischen Vereinbarungen (vgl. Artikel 2.12) anbelangt, die in der Kompetenz des Bundesrates liegen sollen, so könnten davon allenfalls auch von den Kantonen reglementierte Berufe betroffen sein. Einer solche Kompetenzdelegation kann unter dem Vorbehalt zugestimmt werden, dass der Bundesrat entsprechend Art. 54 Abs. 3 der Bundesverfassung (BV) auf die Zuständigkeiten der Kantone Rücksicht nimmt, ihre Interessen wahrt und sie gemäss Art. 55 BV in diese aussenpolitischen Entscheide einbezieht. Wir gehen deshalb davon aus, dass jeweils vorab entsprechende Konsultationen durchgeführt würden. Für eine erfolgreiche Umsetzung des Abkommens wird es schliesslich wichtig sein, die Kantone hinreichend über das neue Abkommen, seine Tragweite und Auswirkungen sowie seinen Anwendungsbereich und seine Funktionsweise zu informieren.

2.2. Kompetenzdelegationen an den Bundesrat

8 Damit der Bundesrat nicht nur gegenüber dem Vereinigten Königreich, sondern auch gegenüber allen anderen Ländern die Kompetenz hat, selbstständig völkerrechtliche Verträge über die Anerkennung von Berufsqualifikationen abzuschliessen, sollen gemäss der Vernehmlassungsvorlage u.a. für den Gesundheitsbereich entsprechende Kompetenzdelegationen im Bundesgesetz über die universitären Medizinalberufe (MedBG), im Bundesgesetz über die Gesundheitsberufe (GesBG) und im Bundesgesetz über die Psychologieberufe (PsyG) verankert werden. Der geplanten Kompetenzdelegation zum Abschluss selbständiger völkerrechtlicher Verträge über die Anerkennung von Berufsqualifikationen an den Bundesrat kann unter folgenden Voraussetzungen zugestimmt werden:

9 Erstens muss sichergestellt bleiben, dass die Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen nur möglich ist, sofern eine Äquivalenz mit den entsprechenden schweizerischen Berufsqualifikationen besteht. Im Bereich der Gesundheitsversorgung haben die Patientensicherheit, der Gesundheitsschutz sowie die Qualität der Leistungserbringung absoluten Vorrang.

10 Zweitens müssen die verfassungsmässigen Rechte der Kantone gemäss Art. 54 Abs. 3 und Art. 55 BV auch hier jederzeit gewahrt bleiben (inkl. der vorstehend bereits angesprochenen Konsultationen bei den Kantonen).

11 Schliesslich betonen wir, dass das Abkommen nur die Anerkennung von Berufsqualifikationen betrifft und keine Auswirkungen auf die Zulassung zur Erbringung von sozialversicherungsrechtlichen Leistungen hat.

3. Anerkennung von Berufsqualifikationen im Bereich Berufsbildung und Ausbildung

3.1. Berufsbildung

12 Aus Sicht der Schweizer Berufsbildung ist wichtig, dass die schweizerischen Abschlüsse der reglementierten Berufe auch im Vereinigten Königreich anerkannt bleiben. So sind namentlich Abschlüsse der beruflichen Grundbildung wie auch der höheren Berufsbildung zu erwähnen, die aufgrund des akademisch geprägten Bildungssystems im Vereinigten Königreich nicht immer richtig erkannt und eingestuft werden. Aufgrund der bisher geltenden Regelungen und der nahtlosen Fortführung mit dem neuen Abkommen wird diese Anerkennung fortgeführt, was für die Schweizer Berufsbildung von grosser Bedeutung ist.

13 Wir gehen davon aus, dass der gemischte Ausschuss die Situation beobachten und gegebenenfalls intervenieren würde, sollten schweizerische Abschlüsse reglementierter Berufe im Vereinigten Königreich diskriminiert werden. Für einzelne Berufe (z.B. Pflege HF/Pflege FH) ist mittelfristig die Option eines separaten Abkommens zu prüfen, welches analog der Regelung in der EU eine automatische Anerkennung der Diplome sicherstellen würde.

14 Artikel 2.7 Absatz 6 muss so formuliert werden, dass die zuständigen Behörden verpflichtet sind, Informationen über Disziplinar massnahmen oder die Anwendung strafrechtlicher Sanktionen oder über andere schwerwiegende besondere Umstände auszutauschen, die sich auf die Ausübung des reglementierten Berufs auswirken könnten. Dies gilt zumindest für die Bereiche, die in Artikel 2.7 Absätze 6a und 6b des Abkommens erwähnt sind. Eine solche Informationspflicht würde dem obligatorischen Austausch nach dem Binnenmarkt-Informationssystem (IMI) entsprechen.

3.2. Ausbildungen auf der Sekundarstufe II

15 Altrechtliche Ausbildungen auf der Sekundarstufe II (insbesondere für Lehrkräfte der Vorschul- und Primarstufe): Diese Ausbildungen sind nach wie vor gültig und werden daher im Prinzip in der gesamten Schweiz anerkannt. Im Rahmen des Systems der EU-Richtlinie 2005/36/EG wird den Inhabern und Inhaberinnen dieser Ausbildungsnachweise eine Anerkennung der Gleichwertigkeit mit der entsprechenden aktuellen Ausbildung gemäss Artikel 12 Absatz 2 der Richtlinie erteilt («gleichgestellte Ausbildungsgänge»). Diese Gleichwertigkeitsbescheinigung ermöglicht es ihnen, die Bestimmungen der Richtlinie 2005/36/EG in Anspruch zu nehmen. Da das Abkommen zwischen der Schweiz und dem Vereinigten Königreich keine ähnliche Bestimmung enthält, befürchten wir, dass diese Diplome systematisch abgelehnt werden.

3.3. Vergleichbarkeit der Ausbildungen

16 Nach der aktuellen Anerkennungspraxis der Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektorinnen und -direktoren (EDK) für Lehrdiplome macht die Anordnung von Ausgleichsmassnahmen nur Sinn, wenn die ausländische Ausbildung mindestens 50% der Mindestanforderungen der entsprechenden schweizerischen Ausbildung abdeckt. Weist eine ausländische Ausbildung im Vergleich zum entsprechenden schweizerischen Abschluss ein Defizit von mehr als 50% auf, kann nicht mehr von einer Vergleichbarkeit der Ausbildungen bzw. der Abschlüsse / Diplome gesprochen werden. Folglich werden solche Anträge abgelehnt.

Das Abkommen zwischen der Schweiz und dem Vereinigten Königreich enthält in Artikel 2.4.4 eine Bestimmung, die uns ähnlich erscheint. Da weder das fragliche Abkommen noch der erläuternde Bericht weitere Einzelheiten zur Tragweite dieser Bestimmung enthalten, gehen wir davon aus, dass Artikel 2.4.2 in Verbindung mit Artikel 2.3.1 (Begriff der "vergleichbare Berufsqualifikationen") es ermöglichen, eine Anerkennung auszuschliessen (also abzulehnen), wenn die festgestellten Defizite einen wesentlichen Teil der entsprechenden Ausbildung im Aufnahmestaat ausmachen. Sollte dies nicht der Fall sein, muss der erläuternde Bericht unserer Ansicht nach in diesem Sinne ergänzt werden.

avec ambition des relations encore plus intenses avec ce pays, notamment dans le domaine commercial.

1.1 En détails

Le PLR salue particulièrement :

- a. le système général de reconnaissance qui couvre toutes les professions réglementées ;
- b. la compétence laissée aux autorités des deux pays de contrôler les qualifications professionnelles afin que celles-ci correspondent aux exigences nationales ; la possibilité pour les autorités de demander des mesures de compensation (examen ou période d'adaptation) ;
- c. la possibilité de conclure des régimes préférentiels pour des professions spécifiques (arrangements de reconnaissances mutuelles, ARM) et la délégation de cette compétence au Conseil fédéral. À la vue de la nature technique des dossiers, le PLR estime que cette approche fait sens puisqu'elle vise à simplifier les procédures et à donner la marge de manœuvre nécessaire à la Suisse dans ses relations internationales ;
- d. le régime particulier prévu pour les avocats (annexe I accord), qui offrira un accès inégalé à ce jour aux avocats suisses, en leur permettant de pratiquer la représentation en justice au Royaume-Uni en utilisant le titre d'avocat. Le PLR salue également la flexibilité laissée aux avocats pour décider s'ils souhaitent un examen ou une période d'adaptation, une disposition qui va dans le sens d'une flexibilité bienvenue ;
- e. les modifications de la LPMéd, de la LPsy, de la LPSan et de la LLCA, qui permettront au Conseil fédéral de conclure des traités internationaux en matière de reconnaissance des qualifications professionnelles. Puisqu'aujourd'hui la législation suisse ne permet pas d'octroyer la reconnaissance des professions médicales si un accord international n'accorde pas la réciprocité, cette nouvelle possibilité offrira une marge de manœuvre à la Suisse tout en permettant d'harmoniser le système, pour une meilleure cohérence ;
- f. le rôle du comité mixte pour assurer la mise en œuvre et le respect de l'accord, qui assurera une représentation équilibrée des deux pays.

En vous remerciant de l'attention que vous porterez à notre prise de position, nous vous prions d'agréer, Monsieur, l'expression de nos sentiments les meilleurs.

PLR.Les Libéraux-Radicaux

Le Président



Thierry Burkart
Conseiller aux Etats

Le Secrétaire général



Jon Fanzun



Eidgenössisches Departement für Wirtschaft, Bildung und
Forschung (WBF)
Staatssekretariat für Bildung, Forschung und
Innovation SBFi
Herr Guillaume Hellmüller
Hallwylstrasse 15
3003 Bern
per Mail an: guillaume.hellmueller@sbfi.admin.ch

**Sozialdemokratische Partei
der Schweiz**

Zentralsekretariat
Theaterplatz 4
3011 Berne

Tel. 031 329 69 69
Fax 031 329 69 70

info@spschweiz.ch

Bern, 6. Oktober 2023

Abkommen zwischen der Schweiz und dem Vereinigten Königreich über die Anerkennung von Berufsqualifikationen und Umsetzung im Anwalts- gesetz

Sehr geehrter Herr Bundesrat Parmelin,
sehr geehrter Herr Hellmüller,

Wir bedanken uns für die Gelegenheit zur Stellungnahme, die wir gerne nutzen.

Die SP begrüsst das Abkommen zwischen der Schweiz und dem Vereinigten Königreich über die Anerkennung von Berufsqualifikationen. Denn internationale Mobilität ist angesichts des Fachkräftemangels nicht nur im Interesse der Arbeitgeber:innen, sondern auch im Interesse der Arbeitnehmer:innen. So können diese vereinfacht ihre beruflichen Ziele verfolgen oder beispielsweise einem Familienmitglied in das Vereinigte Königreich folgen und dort in ihrem Beruf, auf dem sie ausgebildet wurden, arbeitstätig sein.

Da es beim vorliegenden Abkommen nicht um eine neue Regelung, sondern um eine Weiterführung der bereits seit über 20 Jahren bestehenden Anerkennung von Berufsqualifikationen zwischen der Schweiz und dem Vereinigten Königreich geht, erachtet die SP die vorgeschlagenen gesetzlichen Anpassungen als sinnvoll und notwendig.

Insbesondere begrüsst die SP, dass im vorliegenden Abkommen Verbesserungen im Bereich der automatischen Anerkennung für spezifische Berufe gemacht wurden. Hierzu regt die SP an, in einer allfälligen Anpassung des Abkommens eine entsprechende Ausweitung auf weitere Berufe zu prüfen.

Ausserdem regt die SP an, dass nach der Einführung des «Professional Bachelor» und «Professional Master» diese Titel in einer allfälligen Aufdatierung des Abkommens darin aufgenommen werden.

Zuletzt ist anzumerken, dass das Risiko von Lohndumping weiterhin mittels innerstaatlichen Schutzmechanismen verhindert werden soll.

Wir danken Ihnen, geschätzte Damen und Herren, für die Berücksichtigung unserer Anliegen und verbleiben mit freundlichen Grüssen

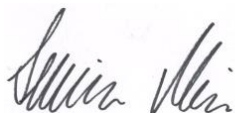
Sozialdemokratische Partei der Schweiz



Mattea Meyer
Co-Präsidentin



Cédric Wermuth
Co-Präsident



Severin Meier
Politischer Fachreferent

Eidgenössisches Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF
3003 Bern

Elektronisch an:
quillaume.hellmueller@sbfi.admin.ch

Bern, 4. Oktober 2023

Anerkennung von ausländischen Berufsqualifikationen: Abkommen zwischen der Schweiz und dem Vereinigten Königreich

Antwort der Schweizerischen Volkspartei (SVP)

Sehr geehrte Damen und Herren

Während mehr als 20 Jahren anerkannten die Schweiz und das Vereinigte Königreich gegenseitig ihre Berufsqualifikationen unter Anwendung des Personenfreizügigkeitsabkommens. Die Parteien einigten sich zwischenzeitlich, die Folgen des EU-Austritts des Vereinigten Königreichs mittels eines befristeten Abkommens abzufedern. Vor diesem Hintergrund haben die Schweiz und das Vereinigte Königreich das vorliegende Abkommen erarbeitet, das die gegenseitige Anerkennung von Berufsqualifikationen nun dauerhaft verankern soll.

Das Abkommen hat den Zweck, Fachpersonen im jeweils anderen Land den Zugang zu reglementierten Berufen zu ermöglichen. Mit dem Abkommen sollen Schweizer Fachpersonen und Unternehmen im Vereinigten Königreich weiterhin reglementierte Tätigkeiten ausüben können. Den Bürgern wird eine weitgehende Anerkennung garantiert, wobei die zuständige Behörde Ausgleichsmassnahmen verlangen kann (bspw. Prüfung oder Anpassungslehrgang), wenn sie wesentliche Abweichungen in der Ausbildung feststellt. Die zuständigen Behörden können gemäss Abkommen für bestimmte Berufe in Absprachen über die gegenseitige Anerkennung oder Anhängen zum Abkommen eine Vorzugsbehandlung vereinbaren.

Die SVP stimmt der Vorlage zu. Diese ist geeignet, um die Rechte von Schweizer Fachpersonen im Vereinigten Königreich zu wahren und eine erhebliche Einschränkung der Anerkennungsmöglichkeiten zu vermeiden. Das Abkommen sichert somit im Ergebnis die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit und stärkt diese im Konkurrenzvergleich zur EU ohne die mit der Personenfreizügigkeit einhergehenden, schädlichen Begleiterscheinungen.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme und grüssen Sie freundlich.

SCHWEIZERISCHE VOLKSPARTEI

Der Parteipräsident



Marco Chiesa
Ständerat

Der Generalsekretär



Peter Keller
Nationalrat

Eidgenössisches Departement für
Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF

Per E-Mail an:
guillaume.hellmueller@sbfi.admin.ch

Bern, 6. Oktober 2023

Vernehmlassung 2023/28:

Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen: Abkommen zwischen der Schweiz und dem Vereinigten Königreich über die Anerkennung von Berufsqualifikationen und Umsetzung im Anwaltsgesetz. Delegation der Zuständigkeit zugunsten des Bundesrates für völkerrechtliche Verträge im Bereich des Medizinalberufegesetzes, des Gesundheitsberufegesetzes, des Psychologieberufegesetzes und des Anwaltsgesetzes

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Einladung zur Vernehmlassung über die Einführung eines Abkommens zwischen der Schweiz und dem Vereinigten Königreich über die Anerkennung von Berufsqualifikationen und die Umsetzung im Anwaltsgesetz sowie der geplanten Delegation der Zuständigkeit zugunsten des Bundesrats für völkerrechtliche Verträge im Bereich des Medizinalberufegesetzes, des Gesundheitsberufegesetzes, des Psychologieberufegesetzes und des Anwaltsgesetzes.

Wir erlauben uns, wie folgt Stellung zu beziehen:

I. Delegationsnorm im MedBG

Es ist zu begrüßen, dass die Kompetenz zur Schaffung von völkerrechtlichen Verträgen einheitlich vom Bund sichergestellt werden soll. Durch diese Anpassungen werden die Mechanismen in der Bildungslandschaft Schweiz einander nicht nur angeglichen, sondern auch die Mobilität bzw. die Erarbeitung deren Grundlagen erleichtert.

Es muss jedoch sichergestellt werden, dass bei der Schaffung neuer völkerrechtlicher Verträge *auf die Besonderheiten der jeweiligen Berufsgruppen und ihrer Fachgesellschaften geachtet wird*. Daher erachten wir es als unumgänglich, dass wir auch beim Abschluss künftiger völkerrechtlicher Verträge in die Vernehmlassung einbezogen werden und wir bei der Schaffung von Voraussetzungen, welche die Gleichwertigkeit von ausländischen Aus- und Weiterbildungen betrifft, angehört werden.

II. Abkommen

1. Vorbemerkungen:

Generell kann festgehalten werden, dass wir die Kontinuität, welche das Abkommen mit dem Vereinigten Königreich sicherstellt, begrüßen, weshalb unter Ziff. 2 nur punktuell zu den Artikeln Stellung bezogen wird.

Das Abkommen gewährleistet, dass Berufsqualifikationen, die gemäss den EU-Richtlinie 2005/36/EG über die Anerkennung von Berufsqualifikationen – welche qua Anhang III des FZA auch für die Schweiz gelten – anerkennbar sind, auch weiterhin in der Schweiz resp. dem Vereinigten Königreich anerkannt werden, sofern diese als gleichwertig qualifiziert werden. *Gleichwertigkeit muss sowohl bezüglich der Dauer, des Umfangs und des Inhalts der Aus- oder Weiterbildung bestehen.* Sodann ist wichtig festzuhalten, dass – wie das Abkommen auch in Art. 2.3 Abs. 2 klar statuiert – *eine Anerkennung keinen Rechtsanspruch auf Berufsausübung verleiht.*

Neben der Anerkennung eines gleichwertigen Aus- oder Weiterbildungstitels erachten wir es als zwingend notwendig, dass auch ein System für einen internationalen Informationsaustausch geschaffen wird.

2. Zu den massgeblichen Artikeln im Einzelnen:

- Ad. Art. 1.3:

Art. 1.3 stellt Transparenz sicher. Wir sind jedoch der Ansicht, dass ein automatischer Informationsaustausch gewährleistet werden muss, der über die im genannten Artikel geregelte Transparenz hinausgeht. *Im Rahmen des automatischen Informationsaustauschs soll insbesondere auch den in die Bewilligungsverfahren involvierten Behörden / Organisationen Auskunft darüber erteilt werden, wenn einer Person die Approbation / Berufsausübungsbewilligung entzogen wird, resp. einer Person im Zusammenhang mit der Berufsausübung (standesrechtliche) Sanktionen auferlegt werden.* Wir schlagen daher die Einführung eines dem Binnenmarkt-Informationssystem ([Startseite - IMI - Europäische Kommission \(europa.eu\)](http://startseite-iml-europa.eu)) analogen Systems vor.

- Ad. Art. 2.2

Der Anwendungsbereich ist nicht an die Staatsbürgerschaft der Mitgliedstaaten gebunden. In den Erläuterungen wird ausgeführt, dass der persönliche Geltungsbereich neben den Staatsbürgern der Vertragsstaaten auf die Bürgerinnen und Bürger der EU anwendbar sein soll. Unseres Erachtens sollte diese Prämisse in den Text des Abkommens eingeführt werden. Es ist sicherzustellen, dass lediglich Personen, mit einem in EU/EFTA-Staaten oder im Vereinigten Königreich erworbenen Diplom zu einer Weiterbildung zugelassen werden. Dies hängt damit zusammen, dass in der Schweiz in der (Zahn-)Medizin die Berufsausübung an ein in der Schweiz erworbenes oder anerkanntes (Zahn-)Arztdiplom gebunden ist. Diese Einschränkung ist unerlässlich, damit nicht Personen, welche ein nicht gleichwertiges (Zahn-)Medizindiplom / eine nicht gleichwertige Grundausbildung besitzen aufgrund eines anerkannten Weiterbildungstitels zu der Berufsausübung zugelassen und so die Gleichwertigkeitsprüfung in rechtswidriger Weise umgangen werden kann.

- Ad. Art. 2.3
Um die hohe Qualität der Aus- und Weiterbildungen zu gewährleisten, sollten die *Berufsqualifikationen nicht automatisch anerkannt, sondern in jedem Fall einer Gleichwertigkeitsprüfung unterzogen werden*. Als Orientierungshilfe für die Gleichwertigkeitsprüfung kann die EU-Richtlinie 2005/36/EG über die Anerkennung von Berufsqualifikationen sowie deren Anhänge herangezogen werden. Allerdings ist zu berücksichtigen, dass diese Richtlinien nicht mehr dem heutigen Stand entsprechen und einer Überarbeitung bedürfen. Die Standesorganisationen resp. die für die Weiterbildung verantwortlichen Organisationen sind in die Gleichwertigkeitsprüfung miteinzubeziehen.
- Ad. Art. 2.5
Aus dem Wortlaut von Art. 2.5 resp. den zugehörigen Begriffsbestimmungen geht nicht eindeutig hervor, ob eine Prüfung auch mit dem Besuch gewisser Aus- oder Weiterbildungsveranstaltungen – im Umfang der nicht abgedeckten Teilgebiete – kombiniert werden dürfen. Je nach Komplexität der Aus- oder Weiterbildung ist es unserer Ansicht nach unerlässlich, dass – wie dies desübrigen auch bereits unter den EU-Richtlinie 2005/36/EG über die Anerkennung von Berufsqualifikationen der Fall ist – gewisse Teilbereiche nachgeholt werden müssen und der Antragsteller / die Antragstellerin im betreffenden Vertragsstaat eine Schlussprüfung abzulegen hat.

Wir danken, sehr geehrte Damen und Herren, für die Gelegenheit zur Stellungnahme und bitten Sie um wohlwollende Prüfung und Berücksichtigung unserer Anliegen.

Freundliche Grüße

BÜRO FÜR ZAHNMEDIZINISCHE WEITERBILDUNG
die juristische Sekretärin



Nora Weber, MLaw, Rechtsanwältin

Département fédéral de l'économie, de la
formation et de la recherche DEFR
Par email
guillaume.hellmueller@sbfi.admin.ch

Paudex, le 30.08.2023
BM

**Accord entre la Suisse et le Royaume-Uni en matière de reconnaissance des
qualifications professionnelles**

Monsieur le Conseiller fédéral,

Nous avons étudié avec attention le projet d'accord précité.

Les relations économiques que tisse la Suisse avec le Royaume-Uni sont très importantes. La reconnaissance mutuelle des diplômes est donc un élément essentiel dans la mobilité des travailleurs. Elle facilite l'accès légitime à la formation continue dans l'autre pays, au marché du travail, ainsi qu'aux professions réglementées.

Après plus de vingt ans de reconnaissance mutuelle en application de l'Accord sur la libre circulation des personnes (ALCP), il est à saluer que cet élément soit prolongé dans le cadre de la stratégie « *mind-the-gap* » qui vise à atténuer les conséquences de la sortie du Brexit.

L'accord permettra également aux autorités compétentes de définir des régimes préférentiels pour une profession spécifique, en concluant des arrangements de reconnaissance mutuelle (ARM) ou en créant des annexes à l'accord. Dans ce cadre, l'attribution de la compétence au Conseil fédéral est adéquate.

Nous n'avons pas de commentaires spécifiques à formuler sur les autres modifications légales accompagnement le projet (LPMéd, LPsy, LPSan et LLCA).

Nous vous prions d'agréer, Monsieur le Conseiller fédéral, l'expression de nos sentiments distingués.

Centre Patronal



Baptiste Müller
Responsable politique formation

Route du Lac 2
1094 Paudex
Case postale 1215
1001 Lausanne
T +41 58 796 33 00
F +41 58 796 33 11
info@centrepatronal.ch

Kapellenstrasse 14
Postfach
3001 Bern
T +41 58 796 99 09
F +41 58 796 99 03
cpbern@centrepatronal.ch
www.centrepatronal.ch

Per Mail:

guillaume.hellmueller@sbfi.admin.ch

Vernehmlassung WBF vom 15. Juni 2023 zur Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen:

- **Abkommen zwischen der Schweiz und dem Vereinigten Königreich über die Anerkennung von Berufsqualifikationen und Umsetzung im Anwaltsgesetz**
- **Delegation der Zuständigkeit zugunsten des Bundesrates für völkerrechtliche Verträge im Bereich des Medizinalberufegesetzes, des Gesundheitsberufegesetzes, des Psychologieberufegesetzes und des Anwaltsgesetzes**

Sehr geehrter Damen und Herren

Gerne nehmen wir im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens Stellung zum Abkommen zwischen dem Vereinigten Königreich von Grossbritannien und Nordirland und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über die Anerkennung von Berufsqualifikationen:

Die Schweizerische Direktorinnen- und Direktorenkonferenz der Berufsfachschulen (SDK) begrüsst grundsätzlich die gegenseitige Anerkennung von Berufsqualifikationen im Bereich der im Abkommen angesprochenen Berufsfelder. Die SDK begrüsst ausserdem alle Massnahmen, welche die Anerkennung von Berufsqualifikationen im Ausland und damit indirekt die berufliche Mobilität fördern.

Zu den einzelnen Bestimmungen geben wir wie folgt Rückmeldung:

- Art. 2.9. Sprachkenntnisse
Die Formulierung wirft die Frage nach der Zuständigkeit auf. Wer entscheidet, wer überprüft die Verhältnismässigkeit?
Diese Regelung weiter auszuführen wäre insbesondere deshalb von Belang, da die Anerkennung von Berufsqualifikationen sehr oft sehr lange Zeitspannen in Anspruch nehmen.
- Art. 2.7 Antragsverfahren, Punkt 6
b) In der Aufzählung fehlen Fachpersonen, die Menschen mit Beeinträchtigung betreuen.
- Art. 2.8 Informationen
2b) Mitgliedschaft in einem Berufsverband ist nicht in jedem Beruf gegeben.

Herzlichen Dank für die Berücksichtigung unserer Rückmeldungen.

Freundliche Grüsse

SDK - Schweizerische Direktorinnen- und Direktorenkonferenz der Berufsfachschulen



Rolf Häner, Präsident



Fédération der Schweizer Psychologinnen und Psychologen
Fédération Suisse des Psychologues
Federazione Svizzera delle Psicologhe e degli Psicologi

Ansprechpartnerin: Dr. Muriel Brinkrolf
Nummer: +41 31 388 88 00
muriel.brinkrolf@fsp.psychologie.ch
Bern, 29. September 2023

Elektronischer Versand
Eidgenössisches Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF
guillaume.hellmueller@sbfi.admin.ch

Stellungnahme der FSP im Rahmen der Vernehmlassung «Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen: Abkommen zwischen der Schweiz und dem Vereinigten Königreich über die Anerkennung von Berufsqualifikationen und Umsetzung im Anwaltsgesetz. Delegation der Zuständigkeit zugunsten des Bundesrates für völkerrechtliche Verträge im Bereich des Medizinalberufegesetzes, des Gesundheitsberufegesetzes, des Psychologieberufegesetzes und des Anwaltsgesetzes»

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 15.06.2023 haben Sie uns eingeladen, im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens zur Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen Stellung zu nehmen. Wir bedanken uns für diese Möglichkeit.

Während mehr als 20 Jahren anerkannten die Schweiz und das Vereinigte Königreich gegenseitig ihre Berufsqualifikationen unter Anwendung des Personenfreizügigkeitsabkommens (FZA). Aufgrund des Brexit wird per 01.01.2025 ein neues Abkommen notwendig sein, welches die gegenseitige Anerkennung von Berufsqualifikationen dauerhaft verankert. So können Schweizer Fachpersonen und Unternehmen im Vereinigten Königreich weiterhin reglementierte Tätigkeiten ausüben. Das Abkommen sieht ein allgemeines System der Anerkennung vor, das sich stark an jenem orientiert, das während der EU-Mitgliedschaft des Vereinigten Königreichs galt. Es deckt alle reglementierten Berufe ab und erlaubt den Regulatoren oder zuständigen Behörden zu überprüfen, dass die Berufsqualifikationen den nationalen Anforderungen entsprechen. Bei Bedarf kann eine Eignungsprüfung oder das Absolvieren eines Anpassungslehrgangs verlangt werden. Nur drei Gründe lassen eine Verweigerung der Anerkennung zu: wesentlicher Unterschied bei den Ausbildungsabschlüssen sowie Nichtbestehen oder Verweigerung von Ausgleichsmassnahmen, Unterschied beim Tätigkeitsfeld sowie Nichtbestehen oder Verweigerung von Ausgleichsmassnahmen, derart grosse Unterschiede, dass die Ausgleichsmassnahmen einer Wiederholung der Ausbildung gleichkommen würden.

Die FSP unterstützt die Fortführung der gegenseitigen Anerkennung von Berufsqualifikationen zwischen der Schweiz und dem Vereinigten Königreich. Das System der Anerkennung hat sich seit vielen Jahren bewährt, zuerst im Rahmen des FZA und aktuell im Rahmen eines vorübergehenden Abkommens, das noch bis Ende 2024 gelten wird (Abkommen vom 25.02.2019 über die Rechte der Bürgerinnen und Bürger CRA). Das neue Abkommen wird am 01.01.2025 in Kraft treten und stellt sicher, dass Psycholog:innen mit einem in der Schweiz erworbenen Abschluss ihren Beruf weiterhin im Vereinigten Königreich ausüben können. Die im Abkommen erwähnten Voraussetzungen an die Ausbildung, das Tätigkeitsfeld, die sprachlichen Kenntnisse, die Räumlichkeiten/Einrichtung sowie die Überprüfung des Strafregisterauszugs, des Versicherungsschutzes sowie der Konkursfreiheit

erachten wir als adäquat. Ebenso begrüsst die FSP die Möglichkeit für zukünftige Vereinfachungen der Prozesse in den jeweiligen Branchen, wie es die Anwälte:innen im Rahmen einer Absprache über die gegenseitige Anerkennung (AGA) bereits umgesetzt haben.

Die Vernehmlassungsvorlage umfasst einen zweiten Teil, der in einer Änderung des Psychologieberufegesetzes (PsyG) – genauso wie des Medizinalberufegesetzes (MedBG), des Gesundheitsberufegesetzes (GesBG) und des Anwaltgesetzes (BGFA) – besteht. Damit die Kompetenz des Bundesrates für den Abschluss von völkerrechtlichen Verträgen über die Anerkennung von Berufsqualifikationen neben dem Vereinigten Königreich auch für andere Länder gilt, bedarf es einer gesetzlichen Anpassung dieser vier genannten Spezialgesetze. Sie sollen die gleichen Regeln enthalten wie die beiden allgemeinen Gesetze, d. h. das Berufsbildungsgesetz (BBG; SR 412.10) und das Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetz (HFKG; SR 414.20), die den Bundesrat bereits ermächtigen, im Bereich der Anerkennung von Diplomen der Berufsbildung und der Hochschulen völkerrechtliche Verträge abzuschliessen (Art. 68 Abs. 2 BBG und Art. 66 Abs. 1 Bst. a HFKG). Damit wird das Verfahren vereinheitlicht; bisher obliegt der Abschluss von Verträgen für einige Berufe dem Bundesrat, für andere dem Parlament.

Die FSP unterstützt den neuen Artikel 47a im PsyG. Dieser besagt, dass der Bundesrat im Anwendungsbereich des PsyG internationale Verträge über die Anerkennung von ausländischen Ausbildungsabschlüssen und Weiterbildungstiteln abschliessen kann. Mit der Kompetenzdelegation an den Bundesrat zum Abschluss völkerrechtlicher Verträge wird das Verfahren vereinheitlicht, was wir als sinnvoll erachten. Diese Vereinheitlichung wird auch zu einer Vereinfachung und Beschleunigung der Prozesse führen.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme und stehen bei Fragen gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

Yvik Adler
Co-Präsidentin FSP

Stephan Wenger
Co-Präsident FSP

P.P. A Institut FPH, Stationsstrasse 12, 3097 Bern-Liebelfeld Post CH AG

Herr
Guillaume Hellmüller
Guillaume.hellmueller@sbfi.admin.ch

Bern-Liebelfeld, 25. September 2023

Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen: Stellungnahme Institut FPH

Sehr geehrter Herr Hellmüller

Besten Dank für die Gelegenheit zur Stellungnahme zur Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen, insbesondere zum Abkommen zwischen der Schweiz und dem Vereinigten Königreich über die Anerkennung von Berufsqualifikationen und Umsetzung im Anwaltsgesetz sowie der Delegation der Zuständigkeit zugunsten des Bundesrates für völkerrechtliche Verträge im Bereich des Medizinalberufegesetzes, des Gesundheitsberufegesetzes, des Psychologieberufegesetzes und des Anwaltsgesetzes.

Gerne nutzt das Institut als verantwortliche Organisation für die Belange der Weiter- und Fortbildung für eidgenössische und privatrechtliche Fachapothekertitel sowie privatrechtliche Fähigkeitsausweise im Bereich Pharmazie die Gelegenheit, um auf einige wichtige Punkte aufmerksam zu machen.

Das Institut FPH begrüsst die Anerkennung von reglementierten Berufen, sofern die Anerkennung auf Gegenseitigkeit beruht. Gerade in Zeiten akuten Fachkräftemangels sind die Apotheken auf gut ausgebildetes Apothekenpersonal angewiesen. Bei der Anerkennung von im Vereinigten Königreich ausgestellten Diplomen ist der Sprachnachweis «B2-Niveau der Sprache des Landesteils, in welchem die Apothekerin bzw. der Apotheker seinen Beruf ausübt», eine unverzichtbare Bedingung, wie dies auch für die Anerkennung anderer ausländischer Apothekerdiplome aus dem EU- und EFTA-Raum der Fall ist.

Zu beachten gilt es, dass auch für Apothekerinnen und Apotheker des Vereinigten Königreichs, wie für alle Apothekerinnen und Apotheker mit ausländischen Abschlüssen, die gleichen Anforderungen an die Tätigkeit in eigener fachlicher Verantwortung und die Zulassung zur Abrechnung zu Lasten der Krankenversicherung gelten müssen, wie für Personen mit einem eidgenössischen Diplom.

Da die Kompetenzen einer in der Schweiz in eigener fachlicher Verantwortung tätigen Apothekerin bzw. Apothekers weitergehenden sind als jene von Apothekerinnen und Apotheker mit ausländischen Abschlüssen (insb. Abgabe Arzneimittel Liste B+), müssen diese zusätzlichen Kompetenzen ebenfalls erst erworben werden, um die entsprechenden Leistungen erbringen zu können. Damit soll der umfangreichen schweizerischen Aus- und Weiterbildung der Apothekerinnen und Apotheker Rechnung getragen werden und eine Benachteiligung der eidgenössisch ausgebildeten Fachpersonen verhindert werden.

Wird danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Für Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung (insitut@fphch.org).

Freundliche Grüsse

Institut FPH


Muriel Flückiger
Präsidentin Institut FPH


Margreth Greder
Sekretariat Institut FPH

Eidgenössisches Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF

Per Mail an:

guillaume.hellmueller@sbfi.admin.ch

Bern, 5. Oktober 2023 / li

Abkommen zwischen der Schweiz und dem Vereinigten Königreich über die Anerkennung von Berufsqualifikationen und Umsetzung im Anwaltsgesetz

Delegation der Zuständigkeit zugunsten des Bundesrates für völkerrechtliche Verträge im Bereich des Medizinalberufegesetzes, des Gesundheitsberufegesetzes, des Psychologieberufegesetzes und des Anwaltsgesetzes

Stellungnahme des SIWF

Sehr geehrter Herr Bundesrat Parmelin
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir bedanken uns für die Möglichkeit zur Stellungnahme zu den erwähnten Vorlagen.

Das SIWF befürwortet grundsätzlich den Abschluss eines Staatsvertrages mit dem Vereinigten Königreich über die Anerkennung von Berufsqualifikationen sowie von weiteren entsprechenden Staatsverträgen im Bereich des Medizinalberufegesetzes.

Wir würden es begrüssen, wenn das SIWF betreffend weiterer Abkommen zu den Medizinalberufen schon im Zeitpunkt der Verhandlungen einbezogen werden könnte.

Aus inhaltlicher Sicht möchten wir folgende Aspekte einbringen:

Die Anerkennung von Berufsqualifikationen im Bereich der Humanmedizin soll sich ausschliesslich auf die im MedBG bzw. der MedBV hinterlegten Diplome bzw. Facharztstitel beschränken. Eine Ausdehnung auf privatrechtliche Qualifikationen lehnt das SIWF ab.

Nicht ideal erachten wir eine Anerkennung gemäss den allgemeinen Regeln mit der Definition von Ausgleichsmassnahmen im Einzelfall (Eignungsprüfung oder Anpassungslehrgang), da eine solche Überprüfung in der Humanmedizin mit den 45 verschiedenen Facharzttiteln fachspezifische Kenntnisse voraussetzt. Daher würden wir eine branchenspezifische Vereinbarung, wie dies Art. 2.12 des Staatsvertrages vorsieht, bevorzugen, wobei das SIWF bei deren Ausarbeitung, als die mit der Erteilung von eidgenössischen Facharzttiteln betraute Organisation, einbezogen werden sollte. Vorzusehen wäre auch eine periodische Überprüfung der getroffenen Vereinbarung mit einer Auflistung von

fachärztlichen Qualifikationen. Als Ausgangslage könnte für den Staatsvertrag mit dem Vereinigten Königreich Anhang V der Richtlinie 2005/36 zum Zeitpunkt des Brexit herangezogen werden.

Für die Berücksichtigung unserer Anliegen danken wir Ihnen bestens.

Freundliche Grüsse



PD Dr. med. et MME Monika Brodmann Maeder
Präsidentin



Christoph Hänggeli, Rechtsanwalt, MPA unibe
Geschäftsführer



A CH-3003 Berne
OFSP

Département fédéral de l'économie, de la
formation et de la recherche (DEFR)
A l'att. de M. le Conseiller fédéral
Guy Parmelin
Palais fédéral est
3003 Berne

Transmission par courriel à :
guillaume.hellmueller@sbfi.admin.ch

Berne, le 5 octobre 2023

Consultation portant sur la reconnaissance des qualifications professionnelles étrangères : Accord entre la Suisse et le Royaume-Uni en matière de reconnaissance des qualifications professionnelles et mise en œuvre dans la loi sur les avocats et sur la délégation de compétence en faveur du Conseil fédéral en matière de traités internationaux dans le domaine de la loi sur les professions médicales, de la loi sur les professions de la psychologie, de la loi fédérale sur les professions de la santé et de la loi sur les avocats

Monsieur le Conseiller fédéral,

Nous accusons réception de votre courrier du 15 juin 2023 relatif à l'objet mentionné en exergue et vous remercions de donner à la Commission des professions médicales (MEBEKO) la possibilité de prendre position sur ces projets.

La MEBEKO salue la volonté de poursuivre les relations bilatérales entre le Royaume-Uni, d'une part, et la Confédération suisse, d'autre part, en matière de reconnaissance des qualifications professionnelles étrangères, notamment dans le domaine des professions médicales universitaires.

En concluant cet accord, le régime actuel transitoire (Accord du 25 février 2019 sur les droits acquis des citoyens (CRA)) sera en substance maintenu, tout en le renforçant. Dans ce sens, l'accord contient par lui-même les dispositions applicables, s'inspirant de la directive européenne (Directive 2005/36/CE du Parlement européen et du Conseil du 7 septembre 2005 relative à la reconnaissance des qualifications professionnelles) applicable avec l'ALCP, sans plus contenir des renvois à cette directive. Le fait d'instaurer un régime permanent de reconnaissance en se basant sur un régime général applicable à l'ensemble des professions réglementées avec comparaison des formations et, le cas échéant, des mesures de compensation (art. 2.5, par.1) permettra sans aucun doute aux instances compétentes, dont la MEBEKO, d'appliquer de manière concrète le régime des reconnaissances des qualifications professionnelles. La MEBEKO salue la différence notable par rapport à la directive européenne sur le fait que le choix entre le stage d'adaptation et l'épreuve d'aptitude ne revient pas au demandeur comme c'est, en général, le cas dans l'UE, mais à l'autorité (art. 2.5, par. 2 - sous réserve du régime spécifique des avocats défini à l'annexe A). Cette disposition facilitera, vraiment, le travail des autorités, puisqu'elles

n auront pas concevoir systématiquement deux types de mesures de compensation et peuvent mieux apprécier quel type de mesure est plus appropriée dans chaque cas d'espèce. En outre, la MEBEKO comprend que le présent accord s'applique lorsque la profession est réglementée aussi bien dans le pays d'origine que dans le pays d'accueil et également lorsque la profession est uniquement réglementée dans le pays d'accueil (art. 2.2).

Ainsi, l'absence de critère de nationalité permettra en particulier de régler la situation de ressortissants de l'UE qui ont un diplôme britannique ou suisse. Ceci facilitera grandement les démarches, évitant à ce groupe-cible de procéder à l'enregistrement de leur diplôme non reconnaissable dans le Registre des professions médicales (MedReg). Cependant, la MEBEKO souhaite toutefois attirer l'attention sur l'origine de certains diplômes provenant des Pays tiers qui pourraient être reconnus par le Royaume-Uni et qui ne seraient probablement pas reconnus en Suisse ou dans les Pays de l'UE et de l'AELE, sachant que les diplômes des professions médicales ne seront pas reconnus dans ces Pays tiers, pouvant entraîner une discrimination pour les détenteurs de diplômes suisses. Nonobstant ceci, la MEBEKO a pris acte que le Comité-mixte (art. 3.1) pourra jouer un rôle prépondérant et sera ainsi en mesure d'orienter les demandes particulières qui seront soumises par les autorités concernées en matière de reconnaissances professionnelles.

La MEBEKO constate la possibilité d'adopter des annexes à l'accord ou de conclure des Arrangements de reconnaissance mutuelle (ARM) avec des régulateurs britanniques pour définir des règles plus favorables pour certaines professions (par exemple d'une reconnaissance automatique pour une profession). Côté suisse, il s'agit de déléguer au Conseil fédéral la compétence de conclure seul de tels arrangements sous forme d'une nouvelle annexe à l'accord ou d'un ARM (art. 2.12, par. 3).

Concernant la norme de délégation en faveur du Conseil fédéral dans la LPMéd, la LPSy, la LPSan et dans la LLCA, la MEBEKO salue également cette approche permettant de fluidifier les démarches de nature technique, à l'instar des normes de délégation prévues dans la LFPr et dans la LEHE.

Enfin, la compétence de conclure seul de tels arrangements sous forme d'une nouvelle annexe à l'accord ou d'un ARM donnée au Conseil fédéral et la norme de délégation en sa faveur n'empêcheront pas que la MEBEKO doive être consultée par le Conseil fédéral lors des discussions préalables qui seront menées soit avec les partenaires britanniques, soit avec tout autre partenaire étranger.

En vous remerciant de la bienveillante attention que vous accorderez à la présente, nous vous prions d'agréer, Monsieur le Conseiller fédéral, l'expression de notre considération distinguée.

Commission des professions médicales
Section formation universitaire
La Dirigeante



Mme Dr méd. N. Koch

Commission des professions médicales
Section formation postgrade
La Dirigeante



Mme Dr méd. B. Muff

ausschliesslich per E-Mail an guillaume.hellmueller@sbfi.admin.ch

Eidgenössisches Departement
für Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF

Olten, 28. September 2023 / CLO/cn

Vernehmlassung zum Abkommen zwischen der Schweiz und dem Vereinigten Königreich über die Anerkennung von Berufsqualifikationen und Umsetzung im Anwaltsgesetz. Delegation der Zuständigkeit zugunsten des Bundesrates für völkerrechtliche Verträge im Bereich des Medizinalberufegesetzes, des Gesundheitsberufegesetzes, des Psychologieberufegesetzes und des Anwaltsgesetzes

Sehr geehrter Herr Hellmüller
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Einladung vom 15. Juni 2023 in rubrizierter Angelegenheit (**Abkommen**) Stellung zu nehmen.

Grundsätzlich begrüssen wir den Entwurf des geplanten Abkommens und die darin enthaltenen Vorgaben zur Feststellung der Gleichwertigkeit von Berufsqualifikationen. Dennoch möchten wir gern folgende Punkte aufgreifen:

1. Anerkennung nur zu Abschlüssen, deren Rechtsgrundlagen zum Zeitpunkt der Anerkennung in Kraft sind

Das Abkommen zielt darauf ab, ein gemeinsames Verfahren zur gegenseitigen Anerkennung von Berufsqualifikationen festzulegen. Damit soll die effektive Ausübung reglementierter Berufe in der Schweiz wie auch in Grossbritannien und die berufliche Mobilität zwischen den Staaten gefördert werden. Konkret vom geplanten Abkommen betroffen sind einzig sog. reglementierte Berufe (Art. 2.1 lit. o des Abkommens).

In diesem Zusammenhang regen wir die Klarstellung an, dass die Anerkennung der Gleichwertigkeit nur zu einem Abschluss möglich sein soll, dessen rechtliche Grundlagen zum Zeitpunkt der Antragsstellung auf Seiten der prüfenden Vertragspartei in Kraft sind. Es wäre schlicht nicht nachhaltig, eine Gleichwertigkeit zu altrechtlichen beruflichen Abschlüssen zu ermöglichen, welche bewusst aus Gründen der Weiterentwicklung des betreffenden Berufs nicht länger vergeben werden. Vor diesem Hintergrund beantragen wir folgende Ergänzung in Art. 2.4 des geplanten Abkommens (als neue Ziffer 5):

«5. Voraussetzung 4 ist erfüllt, wenn die rechtlichen Grundlagen des beruflichen Abschlusses, zu dem eine Gleichwertigkeit festgestellt werden soll, zum Zeitpunkt der Antragstellung auf Seiten der prüfenden Vertragspartei nicht (mehr) in Kraft sind.»

2. Antrag auf eine branchenspezifische Vereinbarung: Absprache über die gegenseitige Anerkennung im Sinne von Art. 2.12 des geplanten Abkommens

Das geplante Abkommen erlaubt die Vereinbarung einer Vorzugsbehandlung für gewisse Berufe. So können für einen bestimmten Beruf zum Beispiel eine automatische Anerkennung, standardisierte Ausgleichsmassnahmen oder effizientere Verfahren vereinbart werden.

OPTIKSCHWEIZ ersucht hiermit, dass das Eidgenössische Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF, respektive das Staatssekretariat für Bildung, Forschung Innovation SBFI, unter dem geplanten Abkommen in Bezug auf die Berufsqualifikationen von Optometristen eine Absprache über die gegenseitige Anerkennung prüft.

Beim Beruf des Optometristen handelt es sich sowohl in der Schweiz als auch in dem Vereinigten Königreich um einen reglementierten Beruf im Sinne von Art. 2.1 lit. o des geplanten Abkommens. Ob die Praxisfelder, Ausbildungsabschlüsse und Ausbildungsprogramme des Optometristen in der Schweiz und in dem Vereinigten Königreich als gleichwertig angesehen werden können, wäre in Zusammenarbeit mit geeigneten Experten der Optometrie (z.B. der Fachhochschule Nordwestschweiz FHNW, des Schweizerischen Roten Kreuzes und den entsprechenden Branchenverbänden wie bspw. OPTIKSCHWEIZ zu eruieren. Sofern es wesentliche Unterschiede gäbe, liessen sich diese – wie vom Abkommen vorgesehen - durch geeignete Ausgleichsmassnahmen kompensieren.

Fazit

Insgesamt begrüsst OPTIKSCHWEIZ das geplante Abkommen mit dem Vereinigten Königreich (siehe jedoch den Anpassungsvorschlag oben) und die Möglichkeit einer Branchenlösung für ein erleichtertes Anerkennungsverfahren, um die gegenwärtig aufwändigen Anerkennungsverfahren zu vereinfachen.

Gern bekräftigen wir an dieser Stelle nochmals unser Interesse an einer fundierten Prüfung einer Absprache über die gegenseitige Anerkennung für Optometristen und bieten Ihnen gern unsere Unterstützung bei der Ausarbeitung und/oder Verhandlungen eines entsprechenden Entwurfs an.

Allfällige Rückfragen zur Stellungnahme richten Sie bitte an Herrn Christian Loser (ch.loser@optikschweiz.ch, Tel. 062 212 80 33).

¹ Wir verweisen für die Schweiz auf Art. 2 Abs. 1 lit. f des Bundesgesetzes über die Gesundheitsberufe (GesBG; SR 811.21) und die einschlägigen kantonalen Erlasse sowie auf die entsprechenden Bestimmungen des Vereinigten Königreichs («Optician Act 1989» und «GOC rules and regulations»; siehe <https://www.regulated-professions.service.gov.uk/professions/optometrist>).

Mit bestem Dank und freundlichen Grüßen

OPTIKSCHWEIZ

Der Verband für Optometrie und Optik

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Christian Loser', with several overlapping strokes.

Christian Loser
Geschäftsführer

Schweizerischer Apothekerverband, Stationsstrasse 12, 3097 Liebefeld

Herr
Guillaume Hellmüller
Guillaume.hellmueller@sbfi.admin.ch

Bern-Liebefeld, 04. Oktober 2023

Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen: Stellungnahme Schweizerischer Apothekerverband pharmaSuisse

Sehr geehrter Herr Hellmüller

Besten Dank für die Gelegenheit zur Stellungnahme zur Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen, insbesondere zum Abkommen zwischen der Schweiz und dem Vereinigten Königreich über die Anerkennung von Berufsqualifikationen und Umsetzung im Anwaltsgesetz sowie der Delegation der Zuständigkeit zugunsten des Bundesrates für völkerrechtliche Verträge im Bereich des Medizinalberufegesetzes, des Gesundheitsberufegesetzes, des Psychologieberufegesetzes und des Anwaltsgesetzes.

Der Schweizerischer Apothekenverband pharmaSuisse begrüsst als Verband von über 1550 Apotheken von rund 1800 Apotheken schweizweit und 6'700 Apotheker und Apothekerinnen im Grundsatz die vorgeschlagene Stossrichtung der der Anerkennung ausländischer Berufsqualifikation. Gerne möchten wir die Gelegenheit nutzen, um auf einige Punkte spezifische aufmerksam zu machen.

pharmaSuisse begrüsst die Anerkennung von reglementierten Beruf, sofern die Anerkennung auf Gegenseitigkeit beruht. Gerade in Zeiten akuten Fachkräftemangels sind die Apotheken auf gut ausgebildetes Apothekenpersonal angewiesen. Bei der Anerkennung von im Vereinigten Königreich ausgestellten Diplomen ist der Sprachnachweis «B2-Niveau der Sprache des Landesteils, in welchem die Apothekerin bzw. der Apotheker seinen Beruf ausübt», eine unverzichtbare Bedingung, wie dies auch für die Anerkennung anderer ausländischer Apothekerdiplome aus dem EU- und EFTA-Raum der Fall ist.

Zu beachten gilt es, dass auch für Apothekerinnen und Apotheker des Vereinigten Königreichs, wie für alle Apothekerinnen und Apotheker mit ausländischen Abschlüssen, die gleichen Anforderungen an die Tätigkeit in eigener fachlicher Verantwortung und die Zulassung zur Abrechnung zu Lasten der Krankenversicherung gelten müssen, wie für Personen mit einem eidgenössischen Diplom. Zudem muss mindestens ein Jahr praktischer Erfahrung in der Schweiz vorliegen, um in eigener fachlicher Verantwortung tätig zu sein.

Da die Kompetenzen einer in der Schweiz in eigener fachlicher Verantwortung tätigen Apothekerin bzw. Apothekers weitergehenden sind als jene von Apothekerinnen und Apotheker mit ausländischen Abschlüssen (insb. Abgabe Arzneimittel Liste B+), müssen diese zusätzlichen Kompetenzen ebenfalls erst erworben werden, um die entsprechenden Leistungen erbringen zu können. Damit soll der umfangreichen

schweizerischen Aus- und Weiterbildung der Apothekerinnen und Apotheker Rechnung getragen werden und eine Benachteiligung der eidgenössisch ausgebildeten Fachpersonen verhindert werden.

Hierbei gilt es zu beachten, dass Apothekerinnen und Apotheker mit einem Abschluss aus dem Vereinigten Königreich oft eine fundierte Ausbildung für die Abgabe von verschreibungspflichtigen Arzneimitteln genossen haben, die weiter geht als die Weiterbildung in der Schweiz (bzw. ab 2026 die Ausbildung aller Pharmaziestudierenden). Dies soll bei der Weiterbildung berücksichtigt und anerkannt werden.

Wir bedanken uns für die Berücksichtigung unserer Anliegen und stehen Ihnen für Fragen gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

Schweizerischer Apothekerverband
pharmaSuisse



Andrea Brügger
Leiterin Public Affairs
Mitglieder der Geschäftsleitung



Samuel Dietrich
Leiter Stabstelle Recht



A

CH-3003 Berne
OFSP

Département fédéral de l'économie, de la
formation et de la recherche (DEFR)

A l'att. de M. le Conseiller fédéral

Guy Parmelin

Palais fédéral est

3003 Berne

Transmission par courriel à :

guillaume.hellmueller@sbfi.admin.ch

Berne, le 5 octobre 2023

Consultation portant sur la reconnaissance des qualifications professionnelles étrangères : Accord entre la Suisse et le Royaume-Uni en matière de reconnaissance des qualifications professionnelles et mise en œuvre dans la loi sur les avocats et sur la délégation de compétence en faveur du Conseil fédéral en matière de traités internationaux dans le domaine de la loi sur les professions médicales, de la loi sur les professions de la psychologie, de la loi fédérale sur les professions de la santé et de la loi sur les avocats

Monsieur le Conseiller fédéral,

Nous accusons réception de votre courrier du 15 juin 2023 relatif à l'objet mentionné en exergue et vous remercions de donner à la Commission des professions de la psychologie (PsyCo) la possibilité de prendre position sur ces projets.

La PsyCo salue la volonté de poursuivre les relations bilatérales entre le Royaume-Uni, d'une part, et la Confédération suisse, d'autre part, en matière de reconnaissance des qualifications professionnelles étrangères, notamment dans le domaine des professions de la psychologie.

En concluant cet accord, le régime actuel transitoire (Accord du 25 février 2019 sur les droits acquis des citoyens (CRA)) sera en substance maintenu, tout en le renforçant. Dans ce sens, l'accord contient par lui-même les dispositions applicables, s'inspirant de la directive européenne (Directive 2005/36/CE du Parlement européen et du Conseil du 7 septembre 2005 relative à la reconnaissance des qualifications professionnelles) applicable avec l'ALCP, sans plus contenir des renvois à cette directive. Le fait d'instaurer un régime permanent de reconnaissance en se basant sur un régime général applicable à l'ensemble des professions réglementées avec comparaison des formations et, le cas échéant, des mesures de compensation (art. 2.5, par.1) permettra sans aucun doute aux instances compétentes, dont la PsyCo, d'appliquer de manière concrète le régime des reconnaissances des qualifications professionnelles. La PsyCo salue la différence notable par rapport à la directive européenne sur le fait que le choix entre le stage d'adaptation et l'épreuve d'aptitude ne revient pas au demandeur comme c'est, en général, le cas dans l'UE, mais à l'autorité (art. 2.5, par. 2 - sous réserve du régime spécifique des avocats défini à l'annexe

A). Cette disposition facilitera vraiment le travail des autorités, puisqu'elles n'auront pas à concevoir systématiquement deux types de mesures de compensation et peuvent mieux apprécier quel type de mesure est plus appropriée dans chaque cas d'espèce. En outre, la PsyCo comprend que le présent accord s'applique lorsque la profession est réglementée aussi bien dans le pays d'origine que dans le pays d'accueil et également lorsque la profession est uniquement réglementée dans le pays d'accueil (art. 2.2). Concrètement, la profession de psychothérapeute n'est pas réglementée au Royaume-Uni et elle est réglementée en Suisse. Par conséquent, la reconnaissance de diplômes de psychothérapeutes britanniques sera soumise aux dispositions du présent accord.

Ainsi, l'absence de critère de nationalité permettra en particulier d'appliquer le présent accord à la situation de ressortissants de l'UE qui ont un diplôme britannique ou suisse. Faute d'un tel accord, la reconnaissance des professions de la psychologie britanniques serait soumise à l'application de l'art. 3 al.1 let. b et al. 4 ou de l'art. 9 al. 1 let. b et al. 4 de la Loi fédérale du 18 mars 2011 sur les professions relevant du domaine de la psychologie (LPsy). En outre, La PsyCo constate l'origine de certains diplômes provenant des Pays tiers qui pourraient être reconnus par le Royaume-Uni et qui peuvent être reconnus en vertu du présent accord. La PsyCo salue la possibilité d'évaluer au cas par cas de tels diplômes et de choisir, le cas échéant, une mesure de compensation (examen ou période d'adaptation) si elle constate des différences substantielles dans la formation. Dans ce contexte, la PsyCo a pris acte que le Comité-mixte (art. 3.1) pourra jouer un rôle prépondérant et sera ainsi en mesure d'orienter les demandes particulières qui seront soumises par la PsyCo en matière de reconnaissances professionnelles.

La PsyCo constate la possibilité d'adopter des annexes à l'accord ou de conclure des Arrangements de reconnaissance mutuelle (ARM) avec des régulateurs britanniques pour définir des règles plus favorables pour certaines professions (par exemple d'une reconnaissance automatique pour une profession). Côté suisse, il s'agit de déléguer au Conseil fédéral la compétence de conclure seul de tels arrangements sous forme d'une nouvelle annexe à l'accord ou d'un ARM (art. 2.12, par. 3).

À part la délégation de compétence au Conseil fédéral spécifique au Royaume-Uni, une création d'une norme de délégation en faveur du celui-ci dans la LPMéd, la LPsy, la LPSan et dans la LLCA est prévue de manière que la compétence du Conseil fédéral s'étende aux autres pays. La PsyCo salue également cette approche permettant de fluidifier les démarches de nature technique, à l'instar des normes de délégation prévues dans la LFPr et dans la LEHE.

Enfin, la compétence de conclure seul de tels arrangements sous forme d'une nouvelle annexe à l'accord ou d'un ARM donnée au Conseil fédéral et la norme de délégation en sa faveur n'empêcheront pas que la PsyCo doive être consultée par le Conseil fédéral lors des discussions préalables qui seront menées soit avec les partenaires britanniques, soit avec tout autre partenaire étranger.

En vous remerciant de la bienveillante attention que vous accorderez à la présente, nous vous prions d'agréer, Monsieur le Conseiller fédéral, l'expression de notre considération distinguée.

Commission des professions de la psychologie

Le président

A handwritten signature in dark ink, appearing to read 'Stephan Wenger', with a long horizontal flourish extending to the right.

Psych. Dipl. Stephan Wenger



*Gesellschaft Schweizer Tierärztinnen und Tierärzte
Société des Vétérinaires Suisses
Società delle Veterinarie e dei Veterinari Svizzeri*

Eidgenössisches Departement
für Wirtschaft, Bildung und Forschung

Bern, 11. September 2023

Stellungnahme der Gesellschaft Schweizer Tierärztinnen und Tierärzte GST zum Abkommen zwischen der Schweiz und dem Vereinigten Königreich über die Anerkennung von Berufsqualifikationen und Umsetzung im Anwaltsgesetz.

Kompetenzdelegation an den Bundesrat zum Abschluss völkerrechtlicher Verträge im Bereich des Medizinalberufegesetzes, des Psychologieberufegesetzes, des Gesundheitsberufegesetzes und des Anwaltsgesetzes

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrter Herr Hellmüller
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir bedanken uns vorab für die Möglichkeit, zu oben rubriziertem Geschäft Stellung nehmen zu können. Die Gesellschaft Schweizer Tierärztinnen und Tierärzte GST nimmt als massgeblicher Dachverband der Schweizer Tierärzteschaft die Interessen ihrer Mitglieder wahr und setzt sich für gute berufliche, gesetzliche und institutionelle Rahmenbedingungen ein. Wir stellen seit längerer Zeit fest, dass sich der Fachkräftemangel auch in der Tierärzteschaft jährlich zuspitzt, dies bei steigender Nachfrage seitens Patienten und Kundschaft. Erst kürzlich ist der Bundesrat zur Dringlichkeit von Massnahmen gegen den Nachwuchs- und Fachkräftemangel interpelliert worden (vgl. Interpellation von Lars Guggisberg, mitunterzeichnend Lorenz Hess; 23.3542).

Die stetige Verschärfung des Fachkräftemangels erhöht die Belastung der praktizierenden Tierärztinnen und Tierärzte und gefährdet damit deren körperliche und psychische Gesundheit. Doch auch die Gesundheitsversorgung wird über kurz oder lang unter dem chronischen Mangel an Fachpersonal leiden. Um auch zukünftig für Tier und Mensch die gewohnte Versorgungsqualität und -kontinuität gewährleisten zu können, sind wir nebst einer dringlichen Nachwuchsförderung auf qualifizierte Fachkräfte aus dem Ausland angewiesen.

Die britischen Kolleginnen und Kollegen sind allgemein sehr gut ausgebildet und können in Praxis, Forschung und Lehre einen wichtigen Beitrag zur Reduzierung des Fachkräftemangels in der Tierärzteschaft leisten. Die GST begrüsst daher ausdrücklich die Bestrebungen des Bundesrats im Bereich der gegenseitigen Anerkennung der Berufsqualifikationen zwischen der Schweiz und dem Vereinigten Königreich. Durch die Institutionalisierung des Fachkräfteaustauschs zwischen beiden Ländern wird nicht nur der Fachkräftemangel hierzulande bekämpft, sondern für Schweizer Tierärztinnen und Tierärzte eine völkerrechtliche

Grundlage geschaffen für den Zugang zum britischen Arbeits- und Dienstleistungsmarkt, insbesondere zu Aus- und Weiterbildungszwecken.

Inhaltlich geben wir zu bedenken, dass das im Abkommen vorgesehene Anerkennungssystem mit Ausbildungsvergleich und Ausgleichsmassnahmen aufgrund seiner allgemeinen Geltung für sämtliche reglementierten Berufe notwendigerweise einen hohen Abstraktionsgrad aufweist. Den Besonderheiten der Tiermedizin wird daher im Rahmen der Kompetenzdelegation an den Bundesrat, das Abkommen durch Anhänge zu ergänzen oder Absprachen über die gegenseitige Anerkennung (AGA) zu treffen, zwingend Rechnung zu tragen sein. Die GST wünscht sich, bei der Erarbeitung bzw. Konkretisierung der relevanten Anerkennungs- bzw. Gleichwertigkeitskriterien frühzeitig, d. h. deutlich vor dem Abschluss eines berufsspezifischen Anhangs oder einer AGA, einbezogen zu werden.

Wichtig wird unseres Erachtens auch sein, in einem allfälligen Anhang oder einer AGA die berechtigten Tierärztinnen und Tierärzte aus dem Vereinigten Königreich zur Einhaltung der verwaltungsrechtlichen, disziplinarrechtlichen und strafrechtlichen Bestimmungen von Bund und Kantonen zu ermahnen (u. a. Medizinalberufegesetz, Arzneimittelgesetzgebung inkl. Selbstdispensation, Tierschutz- und Tierseuchengesetzgebung, Lebensmittelsicherheit, Obligatorische Teilnahme bzw. Mitwirkung beim Informationssystem Antibiotika in der Veterinärmedizin IS ABV, etc.).

Zum Abschluss möchten wir uns dafür stark machen, dass zwischen Schweizer und ausländischen Tierärztinnen und Tierärzten betreffend den Umgang mit Tierarzneimitteln, insbesondere betreffend Einfuhr, Anwendung, Abgabe, Abgabe auf Vorrat von ausländischen Tierarzneimitteln sowie betreffend Abschluss von Tierarzneimittelvereinbarungen TAM-V, dieselben Vorgaben gelten und keine Inländerdiskriminierung stattfindet (z. B. durch die Einfuhr in der Schweiz nicht zugelassener, nicht erhältlich oder deutlich teurerer Tierarzneimitteln).

Wir bedanken uns nochmals für die Möglichkeit zur Stellungnahme und für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Freundliche Grüsse

Gesellschaft Schweizer Tierärztinnen und Tierärzte



Olivier Glardon
Präsident



Daniel Gerber
Geschäftsführer

Per Mail:

guillaume.hellmueller@sbfi.admin.ch

Vernehmlassung WBF vom 15. Juni 2023 zur Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen:

- **Abkommen zwischen der Schweiz und dem Vereinigten Königreich über die Anerkennung von Berufsqualifikationen und Umsetzung im Anwaltsgesetz**
- **Delegation der Zuständigkeit zugunsten des Bundesrates für völkerrechtliche Verträge im Bereich des Medizinalberufegesetzes, des Gesundheitsberufegesetzes, des Psychologieberufegesetzes und des Anwaltsgesetzes**

Sehr geehrter Damen und Herren

Gerne nehmen wir im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens Stellung zum Abkommen zwischen dem Vereinigten Königreich von Grossbritannien und Nordirland und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über die Anerkennung von Berufsqualifikationen:

Die Table Ronde Berufsbildender Schulen (TR BS) begrüsst grundsätzlich die gegenseitige Anerkennung von Berufsqualifikationen im Bereich der im Abkommen angesprochenen Berufsfelder. Die SDK begrüsst ausserdem alle Massnahmen, welche die Anerkennung von Berufsqualifikationen im Ausland und damit indirekt die berufliche Mobilität fördern.

Zu den einzelnen Bestimmungen geben wir wie folgt Rückmeldung:

- Art. 2.9. Sprachkenntnisse
Die Formulierung wirft die Frage nach der Zuständigkeit auf. Wer entscheidet, wer überprüft die Verhältnismässigkeit?
Diese Regelung weiter auszuführen wäre insbesondere deshalb von Belang, da die Anerkennung von Berufsqualifikationen sehr oft sehr lange Zeitspannen in Anspruch nehmen.
- Art. 2.7 Antragsverfahren, Punkt 6
b) In der Aufzählung fehlen Fachpersonen, die Menschen mit Beeinträchtigung betreuen.
- Art. 2.8 Informationen
2b) Mitgliedschaft in einem Berufsverband ist nicht in jedem Beruf gegeben.

Herzlichen Dank für die Berücksichtigung unserer Rückmeldungen.

Freundliche Grüsse

TR BS – Table Ronde Berufsbildender Schulen



Luca Pession, Präsident

Hopfenweg 21
PF/CP
CH-3001 Bern
T 031 370 21 11
info@travailsuisse.ch
www.travailsuisse.ch

**Eidg. Departement für Wirtschaft,
Bildung und Forschung WBF**

Per Mail an:
guillaume.hellmueller@sbfi.admin.ch

Bern, 21. September 2023

**Vernehmlassung: Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen:
Abkommen zwischen der Schweiz und dem Vereinigten Königreich über die
Anerkennung von Berufsqualifikationen und Umsetzung im Anwaltsgesetz.
Delegation der Zuständigkeit zugunsten des Bundesrates für völkerrechtliche
Verträge im Bereich des Medizinalberufegesetzes, des
Gesundheitsberufegesetzes, des Psychologieberufegesetzes und des
Anwaltsgesetzes.**

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir bedanken uns für die Möglichkeit, an oben genannter Vernehmlassung teilnehmen zu können.

Travail.Suisse unterstützt das vorgeschlagene Abkommen und die Änderungen in den nationalen Gesetzen.

Travail.Suisse begrüsst grundsätzlich die gegenseitige Anerkennung von Berufsqualifikationen, da so die Mobilität von Arbeitnehmenden vereinfacht und damit verbessert wird. In Bezug auf das Vereinigte Königreich war eine solche gegenseitige Anerkennung seit der Einführung der Personenfreizügigkeit gegeben und nach dem Brexit dank des Abkommens über die Rechte der Bürgerinnen und Bürger (Citizens Rights Agreement, CRA) sichergestellt. Das CRA verlängert die Anwendung des FZA-Systems für die Übergangsphase bis Ende 2024. Für Travail.Suisse ist es wichtig, dass auch nach 2024 ein geregeltes System mit dem Vereinigten Königreich besteht, und wir erachten das vorgeschlagene Abkommen für eine dauerhafte Anerkennungsregelung als sinnvoll und zielführend.

Die Verifizierung der fachlich-qualitativen Gleichwertigkeit bleibt Aufgabe der zuständigen Behörde. Wir unterstützen, dass diese Ausgleichsmassnahmen verlangen kann (Prüfung oder Anpassungslehrgang), wenn sie wesentliche Abweichungen in der Ausbildung feststellt. Einreise, Aufenthalt und Beschäftigung müssen weiterhin dem Ausländer- und Integrationsgesetz unterstellt sein. Das Risiko von Lohndumping gilt es mittels Schutzmechanismen zu verhindern, resp. im Rahmen der Arbeitsmarktkontrollen zu überprüfen.

Wir bedanken uns für die Berücksichtigung unserer Anliegen und stehen Ihnen für weitere Fragen jederzeit gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'A. Wüthrich', with a stylized, flowing script.

Adrian Wüthrich
Präsident

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'G. Fischer', with a clear, legible script.

Gabriel Fischer
Leiter Bildungspolitik



Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation SBFI
Herr Guillaume Hellmüller
3003 Bern

guillaume.hellmueller@sbfi.admin.ch

Bern, 6. Oktober 2023 sgv-KI/ye

Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen:

Abkommen zwischen der Schweiz und dem Vereinigten Königreich über die Anerkennung von Berufsqualifikationen und Umsetzung im Anwaltsgesetz Delegation der Zuständigkeit zugunsten des Bundesrates für völkerrechtliche Verträge im Bereich des Medizinalberufegesetzes, des Gesundheitsberufegesetzes, des Psychologieberufegesetzes und des Anwaltsgesetzes

Sehr geehrter Herr Hellmüller

Als grösste Dachorganisation der Schweizer Wirtschaft vertritt der Schweizerische Gewerbeverband sgv über 230 Verbände und über 600 000 KMU, was einem Anteil von 99.8 Prozent aller Unternehmen in unserem Land entspricht. Im Interesse der Schweizer KMU setzt sich der grösste Dachverband der Schweizer Wirtschaft für optimale wirtschaftliche und politische Rahmenbedingungen sowie für ein unternehmensfreundliches Umfeld ein.

Mit Schreiben per E-Mail vom 15. Juni 2023 lädt das Eidgenössische Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF ein, sich zur Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen, zum Abkommen zwischen der Schweiz und dem Vereinigten Königreich über die Anerkennung von Berufsqualifikationen und Umsetzung im Anwaltsgesetz Delegation der Zuständigkeit zugunsten des Bundesrates für völkerrechtliche Verträge im Bereich des Medizinalberufegesetzes, des Gesundheitsberufegesetzes, des Psychologieberufegesetzes und des Anwaltsgesetzes zu äussern.

Während mehr als 20 Jahren anerkannten die Schweiz und das Vereinigte Königreich gegenseitig ihre Berufsqualifikationen unter Anwendung des Personenfreizügigkeitsabkommens (FZA). Bei der Umsetzung der «mind-the-gap»-Strategie einigten sich die Parteien, die Folgen des EU-Austritts des Vereinigten Königreichs (Brexit) abzufedern.

Der schweizerische Gewerbeverband sgv unterstützt das Abkommen zwischen der Schweiz und dem Vereinigten Königreich über die gegenseitige Anerkennung von Berufsqualifikationen. Mit dem Abkommen sollen Schweizer Fachpersonen und Unternehmen im Vereinigten Königreich weiterhin reglementierte Tätigkeiten ausüben können.

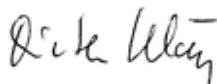
Dieses Abkommen wird ebenfalls vom Centre Patronal unterstützt, dessen Stellungnahme wir unserer Position beilegen. Wir danken für die Kenntnisnahme.

Freundliche Grüsse

Schweizerischer Gewerbeverband sgV



Kurt Gfeller
Vizedirektor



Dieter Kläy
Ressortleiter